

# Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

## Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

1·19

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36  
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59  
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



Monte Carlo, Liechtenstein, Singapur und Capracotta; wer bei dieser Aufzählung fürchtet, er habe was verpasst, dem sei versichert, dass auch die Nachbargemeinden von Capracotta, Pescopennataro, San Pietro Avellana, Sant'Angelo del Pesco und Vastogirardi in den Himmel der Steueroasen aufgestiegen sind, und zwar gemeinsam mit fast allen Gemeinden Süditaliens unter 20.000 Einwohnern. Jeder, der beispielsweise in ein kalabrisches Bergdorf zieht, unterliegt 9 (!) Jahre lang einer Pauschalbesteuerung von 7 % (Haushaltsgesetz 2019 (Artikel 1, Abs. 273 des Gesetzes Nr. 145/2018)). Sollten in Folge einer neuen Völkerwanderung Germanen erneut Süditalien besetzen und dadurch die Gemeinden auf über 20.000 Einwohner anwachsen: Die Steuervergünstigung bleibt!

*Montecarlo, Liechtenstein, Singapore e Capracotta; chi teme di non capire, può essere certo che anche le comunità vicine a Capracotta, e cioè Pescopennataro, San Pietro Avellana, Sant'Angelo del Pesco e Vastogirardi sono ascese nel cielo dei paradisi fiscali, insieme a quasi tutti i comuni del Mezzogiorno con meno di 20.000 abitanti. Chi si trasferisce dall'estero in un comune montano calabrese, ad esempio, è soggetto per 9 (!) anni ad un'imposta forfettaria sull'intero reddito del solo 7% (legge finanziaria 2019, art. 1, comma 273 della legge 145/2018). Se, a seguito di una nuova migrazione germanica, le tribù nordiche dovessero occupare nuovamente l'Italia meridionale e quindi i comuni superare i 20.000 abitanti: lo sgravio fiscale rimane!*

### Aus dem Inhalt - Dall'interno

420.000 effektive Kläger in Braunschweig,	
550.000 potentielle Kläger in Italien	2
420.000 attori effettivi a Braunschweig, 550.000 attori potenziali in Italia	3
Deutsche Staatsanwälte nicht unabhängig	4
PM tedeschi non sono indipendenti	5
BGH: Dem Mandanten ist nicht zu glauben	6
Corte Federale: non credere al cliente	7
Vergütung der Reisezeiten bei Auslandsentsendung	8
Rimborso delle trasferte	9
Mutter-Tochter Richtlinie: Keine Erstattung der Quellensteuer	10
Direttiva Madre-Figlia, nessun rimborso della trattenuta sui dividendi	11
Srl: Haftung der Gesellschafter auch nach Löschung	12
Srl: i soci rispondono anche dopo la liquidazione	13
Messi ist eine Marke, ein Bic Mac nicht!	14
Messi è un marchio, Bic Mac no!	15



Anwatte rudern mit und gegen den Strom (A.Castelli/A.Castelli), s. Seite 4  
Avvocati remano con e contro corrente (A.Castelli/A.Castelli) v. pag 5

## NEUES AUS DEUTSCHLAND

### Neues Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen

Am 19.04.2019 ist das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen in Kraft getreten, die bislang geltenden §§ 17- 19 UWG sind aufgehoben worden.

Erstmalig wird der Begriff des Geschäftsgeheimnisses gesetzlich definiert, Whistleblower werden geschützt, ein Anspruch des Verletzten auf Rückruf und die Entfernung aus Vertriebswegen, auf die Vernichtung und Rücknahme der rechtsverletzenden Produkte und auf Schadensersatz und Auskunft ist eingeführt worden. Neu ist, dass der Geheimnishaaber das Vorliegen angemessener Geheimhaltungsmaßnahmen darlegen muss.

## NEUES AUS ITALIEN

### Öffentliche Ausschreibungen: Schwellenwert auf 150.000 Euro erhöht

Mit dem Haushaltsgesetz 2019 wurde der Schwellenwert für öffentliche Ausschreibungen auf 150.000 Euro erhöht. Bei Vergabewerten zwischen 150.000 und 350.000 Euro kann eine freiwillige Vergabe erfolgen, wenn zumindest zehn Unternehmen beteiligt wurden.

### Italienische Anti-Trust-Behörde: Absprache zu Finanzierungsbedingungen im PKW Kauf führt zur Maxibuße

Das italienische Kartellamt hat am 9. Januar 2019 die führenden Autohersteller und ihre Finanzdienstleister zu einer Geldbuße von 678 Millionen Euro verurteilt (= der höchste je ausgesprochene Betrag), weil sie die Finanzierungsbedingungen und –kosten für den Autokauf in den Jahren 2003-2017 untereinander abgesprochen hätten.

In Italien werden bereits Sammelklagen von Geschädigten vorbereitet. Die betroffenen Autohäuser haben bei dem Verwaltungsgericht in Rom (TAR Lazio) bereits Rechtsmittel eingelegt; dieses wird am 26. Februar 2020 verhandelt. Die Kläger können die Aussetzung der Buße erreichen, wenn sie den Betrag als Sicherheit bei Gericht hinterlegen.

### Staatlicher Schadensersatz für 550.000 Kläger

Wie sich aus einer Mitteilung des italienischen Justizministeriums ergibt, können 550.000 italienische Kläger mit Schadensersatzleistungen aus verzögerter Prozessdauer rechnen (Legge Pinto). Die Justiz kommt mit den Aktenbergen nicht rechtzeitig nach - nach den Kriterien der Legge Pinto wären knapp 370.000 Kläger in erster Instanz, 110.000 Berufungskläger und 75.000 Kassationskläger anspruchsberechtigt (Quelle: Italia Oggi vom 31.05.2019).

## ITALIENISCHE BESONDERHEITEN

### 35 Jahre lang vorbestraft

Eine 19-jährige Studentin streitet sich mit ihrem Verlobten, verlässt sein Zimmer und nimmt sich das, was der Verlobte ihr nach ihrer Auffassung schuldet und zwar 50.000 Lire (25 Euro). Die Mutter des Verlobten ist erzürnt, stellt Strafanzeige und es ergeht tatsächlich ein Urteil zum Nachteil der Studentin, da der ehemalige Verlobte als Zeuge lieber für seine Mutter als für seine ehemalige Freundin aussagt.

Heute, 34 Jahre später, ist aus der Verlobten eine erfolgreiche Managerin geworden und sie soll für ein Aufsichtsgremium für die Einhaltung von Compliance-regeln (Organismo di Vigilanza) eines großen Bauunternehmens bestellt werden. Leider scheitert ihre Bestellung an der Jugendsünde; die Streichung aus dem Vorstrafenregister ist nur durch den Nachweis der Wiedergutmachung möglich. Diese scheitert wiederum an der Unauffindbarkeit der verfehlten Schwiegermutter. Auch großzügige Spenden an wohltätige Institutionen gingen hier ins Leere (Quelle Corriere della Sera vom 2.1.2019, Seite 23).

### Bussgeld mit Einschreiben/Rückschein wirksam zugestellt

Die Redaktion geht davon aus, dass nur eine Minderheit unserer Leser kein Bußgeld einer italienischen Gemeinde, wegen Durchfahrt einer verkehrsberuhigten Zone (ZTL) erhalten hat - spätestens dann, wenn man abends sein Hotel erreichen will. Der Kassationshof hat mit Entscheidung vom 1. April 2019 (9036) diese Form der Zustellung mit der VO 1393/2007 für kompatibel also für zulässig erklärt. Liest man die Verordnung, stellt man fest, dass in Art. 1 Verwaltungsakte ausdrücklich ausgeschlossen werden. Wer weiß, ob der EuGH hier jemals entscheiden darf.

### Schwarzgeldvermutung für Überweisungen aus dem Ausland

Eine in Italien wohnhafte Steuerpflichtige erhielt auf ihrem Bankkonto eine Überweisung aus dem Ausland mit dem Überweisungszweck „Investitionen“. Sie erklärte sich nicht dazu, sodass das Finanzamt den überwiesenen Betrag als Schwarzgeld behandelte. Sie wehrte sich erfolgreich in erster Instanz; der Kassationshof (11810/2019) gab aber der Finanzbehörde Recht. Bei Überweisungen aus dem Ausland obliegt die Darlegung zum Beweispflichtig dafür, dass es sich nicht um Schwarzgeld handelt, den Steuerpflichtigen.

Aus dem Sachverhalt der Entscheidung geht das Ursprungsland der Überweisung nicht hervor. Aufgrund der Namen der Beteiligten vermuten wir, dass es sich (hoffentlich) nicht um EU-Ausland handelt.

### Autobahnbetreiber haftet für Lärmbelästigung

Wie jeder Italienreisende weiß, werden die italienischen Autobahnen privat betrieben. Der Kassationshof hat mit Entscheidung vom 12. November 2018, Nummer 28878, zu Gunsten der Anwohner die Autobahngesellschaft verurteilt, Schadensersatz bei Überschreitung der Toleranzgrenze bei der Lautstärke zu zahlen. Wie der Kassationshof mehr als richtig feststellt, zählt die Lebensqualität mehr als die Erfordernisse des Betriebs.

## CLASS ACTION NACH DEUTSCHER UND NACH ITALIENISCHER ART

Am 30. September 2019 wird die mündliche Verhandlung für das erste deutsche Kollektivverfahren, die sogenannte Musterfeststellungsklage, die von der Verbraucherzentrale mit Unterstützung des ADAC gegen die Volkswagen AG erhoben wurde, vor dem Oberlandesgericht Braunschweig in der örtlichen Kongresshalle stattfinden. Die 500 Plätze der Halle werden bei weitem nicht ausreichen, die mehr als 400.000 Kläger aufzunehmen. Über Vor- und Nachteile der Musterfeststellungsklage hatte der Mandantenbrief bereits berichtet; aktiv legitimiert sind nur sogenannte „qualifizierte Einrichtungen“, in der Regel Verbraucherschutzzentralen und andere Interessenverbände.

Der italienische Gesetzgeber hat mit Gesetz Nr. 31 v. 12.04.2019 die bereits bestehende Kollektivklage reformiert und ein sehr weitreichendes neues Rechtsmittel geschaffen, das zum Teil über die zu erwartenden Vorgaben des europäischen Gesetzgebers hinaus geht (siehe Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen COM/2018/184 final - 2018/0089 (COD)). Das neue Gesetz wird erst am 19. April 2020 in Kraft treten. Eckpunkte der Reform sind:

- Klageberechtigt wird jedermann sein, der sich in seinen „homogenen individuellen Rechten“ verletzt fühlt, also nicht nur der Verbraucher, sondern auch der Unternehmer.
- Das Verfahren sieht zunächst ein Zulassungsverfahren vor; ist die Klage zulässig, beginnt das Hauptverfahren, das, – anders als in Deutschland – zu einem Vollstreckungstitel für die einzelnen Kläger führt. Betroffene Geschädigte haben sogar die Möglichkeit, noch nach Verkündung des Urteils sich der Klage anzuschließen. Der Richter stellt die subjektiven Voraussetzungen fest und erlässt auch zu ihren Gunsten einen Vollstreckungsbescheid.
- Der Richter stellt auch eine Vergütung für den Rechtsanwalt fest, der die Kollektivklage geführt hat. Diese ist vom Gesamtbetrag, der zugunsten der Kläger festgestellt wird, abhängig. Sie kann bei bis zu 500 Klägern 9 % betragen, sie verringert sich stufenweise entsprechend der Anzahl der Kläger bis zu 1 % bei über 1 Million Kläger.

Insbesondere der Umstand, dass Betroffene sich sogar nach Verkündung des Urteils anschließen können, d.h. ohne jegliches eigenes Risiko die Vorteile des Verfahrens in Anspruch nehmen können, und die großzügige Vergütung zugunsten der Rechtsanwälte, die in der Presse mit „punitive damages“ verglichen wurden, wurde in Italien, insbesondere von den Unternehmensverbänden, heftig kritisiert.

## ULTIME DALLA GERMANIA

**Nuova legge sulla tutela dei segreti commerciali**

Il 19.04.2019 è entrata in vigore la legge per la protezione dei segreti commerciali, i § 17 - 19 UWG validi finora sono stati cancellati. Per la prima volta, il concetto di segreto commerciale viene definito dalla legge, i Whistleblower sono protetti, è stata introdotta la richiesta della parte lesa per il richiamo e la rimozione dai canali di distribuzione, per la distruzione e la restituzione dei prodotti illegali e per danni e informazioni. La novità è che il titolare del segreto deve dimostrare l'esistenza di adeguate misure di sicurezza.

## ULTIME DALL'ITALIA

**Appalti pubblici:****Valore soglia aumentato a 150.000 euro**

La legge di bilancio 2019 ha esteso l'affidamento diretto per gli appalti pubblici a 150.000 euro. Per gli appalti pubblici per importi pari o superiori a 150.000 euro e inferiore a 350.000 di euro, sarà possibile l'affidamento di lavori sottosoglia mediante procedura negoziata con consultazione di almeno dieci operatori economici ove esistenti.

**Autorità antitrust italiana:****super sanzione in seguito ad accordo sulle condizioni di finanziamento per l'acquisto di autoveicoli.**

Il 9 gennaio 2019, l'Ufficio italiano antitrust ha inflitto una sanzione di 678 milioni di euro (l'importo più alto mai imposto in Italia) alle principali case automobilistiche e ai loro fornitori di servizi finanziari per aver concordato i termini e i costi del finanziamento dell'acquisto di autoveicoli tra il 2003 e il 2017. In Italia, le azioni collettive sono già in fase di preparazione da parte dei danneggiati. I multati hanno già presentato ricorso al Tribunale Amministrativo di Roma (TAR Lazio), che tratterà il caso il 26 febbraio 2020. Gli attori possono ottenere la sospensione della sanzione pecuniaria se depositano l'importo a titolo di garanzia in tribunale.

**Risarcimento del danno statale per 550.000 attori**

Da una comunicazione del Ministero della Giustizia, risulta che 550.000 attori italiani possono aspettarsi un risarcimento per la durata eccessiva del processo (Legge Pinto). La magistratura non tiene il passo con le montagne di pratiche, secondo i criteri della Legge Pinto, avrebbero diritto al risarcimento quasi 370.000 attori in primo grado, 110.000 ricorrenti in appello e 75.000 ricorrenti in cassazione (fonte: Italia Oggi del 31 maggio 2019).

**ACHTUNG/ATTENZIONE:**

Letzte Frist um sich bei der Musterfeststellungsklage gegen VW einzuschreiben ist der 29.09.2019

Ultimo termine per iscriversi all'albo dell'azione collettiva contro Volkswagen è il 29.09.2019 !

(info: s.dangel@dolce.de)

PARTICOLARITÀ  
ITALIANE**35 anni con precedenti penali**

Dopo una discussione con il suo fidanzato una studentessa diciannovenne aveva lasciato la sua stanza e si era presa quello che, a suo parere, il fidanzato le doveva, ovvero 50.000 lire (25 Euro). La madre del fidanzato, incredula, sporgeva denuncia penale e la studentessa veniva condannata, visto che l'ex fidanzato aveva preferito testimoniare a favore di sua madre piuttosto che per l'ex fidanzata.

Oggi, 34 anni dopo, la fidanzata è diventata una manager di successo e deve essere nominata membro dell'organismo di vigilanza di una grande impresa di costruzioni. Purtroppo la sua nomina non va in porto a causa del peccato di gioventù. La cancellazione dal casellario giudiziario è possibile solo previa prova dell'avvenuto risarcimento, presupposto non comprovabile a causa dell'irreperibilità della suocera scomparsa. Anche le copiose donazioni a istituzioni benefiche si sono rivelate inutili a tale scopo (fonte: Corriere della Sera del 2.1.2019, pagina 23).

**Notifica di multe con raccomandata e avviso di ricevimento**

I redattori ritengono che solo una minoranza dei nostri lettori non abbia già ricevuto una multa da un comune italiano per aver attraversato una zona a traffico limitato (ZTL) - al più tardi quando si cerca di raggiungere il proprio hotel. Nella decisione n. 9036 dd. 1 aprile 2019, la Corte di Cassazione ha dichiarato la compatibilità di tale modalità di notifica con il regolamento europeo n. 1393/2007. Leggendo attentamente il regolamento, si nota che all'art. 1 gli atti amministrativi sono espressamente esclusi. Chissà se la Corte di giustizia europea avrà mai l'occasione di pronunciarsi in merito.

**Presunzione di denaro nero per i trasferimenti dall'estero**

Una contribuente residente in Italia aveva ricevuto sul proprio conto corrente un bonifico dall'estero recante quale causale la dicitura „investimento“. In mancanza di spiegazioni da parte della contribuente, l'agenzia delle entrate aveva considerato tale importo quale denaro nero. La Commissione Tributaria accoglieva le doglianze della contribuente, ma la Corte di Cassazione (sent. n. 11810/2019), si pronunciava a favore dell'amministrazione finanziaria. Nel caso di trasferimenti dall'estero, spetta ai contribuenti dimostrare che non si tratta di denaro nero.

Il paese di origine del bonifico bancario non risulta noto, stando ai nomi delle parti coinvolte, si presume e si spera che non si tratti di un paese dell'UE.

**Gestore di autostrade responsabile dell'inquinamento acustico**

Ogni viaggiatore in Italia sa che le autostrade italiane sono gestite prevalentemente da privati. Con sentenza n. 28878/1998, la Corte di Cassazione ha condannato la società autostradale a risarcire i residenti locali per il superamento delle soglie di immissioni sonore. Come ha giustamente affermato la Corte di Cassazione, la qualità della vita conta più delle esigenze produttive.

CLASS ACTION  
ALLA TEDESCA  
E ALL'ITALIANA

Il 30 settembre 2019, presso la Corte d'appello di Braunschweig, nella sala congressi locale, si terrà l'udienza per il primo procedimento collettivo tedesco, la cosiddetta „Musterfeststellungsklage“ (letteralmente „azione di accertamento a campione“), che l'associazione dei consumatori, con il sostegno dell'ADAC, ha presentato contro Volkswagen AG. I 500 posti della sala non saranno assolutamente sufficienti ad accogliere i 400.000 (e più!) attori. La nostra lettera ai clienti aveva già segnalato i vantaggi e gli svantaggi dell'azione collettiva; sono legittimate a procedere solo le cosiddette „istituzioni qualificate“, di solito centri di tutela dei consumatori e altri enti di rappresentanza,

Il legislatore italiano ha riformato l'azione collettiva già esistente con legge n. 31 del 12.04.2019 e ha creato un nuovo strumento di ampia portata, che in parte va ancora oltre i requisiti attesi dal legislatore europeo (si veda la proposta direttiva relativa alle azioni rappresentative a tutela degli interessi collettivi COM/2018/184 final - 2018/0089 (COD))

La nuova legge entrerà in vigore solo il 19 aprile 2020; le pietre miliari della riforma sono:

- Chiunque ritenga che i propri „diritti individuali omogenei“ siano stati violati, avrà diritto ad aderire, cioè non solo il consumatore ma anche l'imprenditore.
- La procedura prevede inizialmente una procedura di ammissione; se il ricorso è ammissibile, ha inizio la procedura principale che, a differenza di quanto avviene in Germania, porta ad un titolo esecutivo per i singoli attori. Le parti lese interessate hanno anche la possibilità di partecipare all'azione dopo che la sentenza è stata pronunciata. Il giudice verifica le condizioni soggettive ed emette un titolo esecutivo anche a loro favore.
- Il giudice determina inoltre un compenso per l'avvocato che ha proposto l'azione collettiva. Questo dipende dall'importo totale determinato a favore delle parti lese. Può ammontare al 9% per un massimo di 500 attori, e si riduce gradualmente in base al numero degli attori fino all'1% per oltre 1 milione di partecipanti.

In particolare, il fatto che gli interessati possano aderire anche dopo la pronuncia della sentenza, vale a dire che possano beneficiare dei vantaggi del procedimento senza alcun rischio proprio, e la generosa remunerazione a favore degli avvocati, che è stata comparata dalla stampa con i „punitive damages“, è stato fortemente criticato in Italia, in particolare dalle associazioni imprenditoriali.

## NEUES AUS EUROPA

### EUGH: Geldinstitut zur Überprüfung des IBAN nicht verpflichtet

Ein italienisches Unternehmen hatte über die italienische Postbank eine Zahlung zugunsten eines Gläubigers vornehmen wollen. Der Zahlungsauftrag gab den richtigen Namen des Zahlungsempfängers, aber eine falsche IBAN an. So wurde ein unbekannter Dritter durch die Zahlung begünstigt, der nicht so freundlich war, das Geld zurückzuüberweisen. Die Klage des Unternehmens gegen die Postbank auf Schadensersatz wegen fehlender Überprüfung wurde dem EuGH vorgelegt, der zugunsten des Geldinstituts entschied. Nach Auffassung der Luxemburger Richter konnte die Postbank rechtmäßig auf die vereinbarte Haftungsbeschränkung verweisen (EuGH, Urteil vom 21.3.2019 – C-245/18).

### EUGH: Haftung im Kartellrecht

Sowohl das Bundeskartellamt wie auch die europäische Kommission verhängen im Kartellrecht Bußgelder, deren Höhe und Streitwerte jeden Rechtsanwalt träumen lassen (z.T. 10-stellige Beträge). Auch die italienische Antitrustbehörde, die sich bislang zurückgehalten hatte, schließt langsam auf (678 Mil. Euro unter „Neues aus Italien“ in diesem Heft). Es ist daher mehr als nachvollziehbar, wenn die betroffenen Unternehmen nach einem Weg suchen, die Zahlung zu vermeiden.

Eine erfolgreiche Vermeidungsstrategie führte in dem sogenannten „Wurstkartell“ dazu, dass das Kartellamt, dass das Unternehmen zu 128 Millionen Bußgeld verurteilte leer ausging. Die betroffene Tönnies-Gruppe strukturierte die Gruppe um, höhle die betroffene Gesellschaft aus, die dann einfach nicht zahlen konnte. Der EuGH hat jetzt entschieden, dass Kartellstrafen die ganze wirtschaftliche Gruppe treffen. Ob Mutter-, Tochter- oder Schwestergesellschaft, jeder ist haftbar. Es gelte der autonome europäische Unternehmensbegriff mit der Folge, dass nicht einzelne juristische Personen, sondern die gesamte „wirtschaftliche Einheit“ passiv legitimiert sei.

### Deutsche Staatsanwälte nicht unabhängig

Ein von einem deutschen Staatsanwalt erlassener europäischer Haftbefehl ist im europäischen Rechtsraum nicht mehr vollstreckbar. Der EuGH hat am 27.5.2019 in Sachen C- 508/18 und C-82/19 festgestellt, dass den Staatsanwälten die hierfür erforderliche richterliche Unabhängigkeit fehlt. Die Bindung zwischen Exekutive (Justizministerium) und Staatsanwaltschaft sei zu fest.

Der europäische Haftbefehl ist ein nützliches Element der Kriminalitätsbekämpfung in der EU und muss gerettet werden. Es bleibt abzuwarten, wie die Justizverwaltung auf dieses Erfordernis reagieren wird.

## DOLCE · LAUDA IN ALLER WELT

### Dubai

Vom 14. bis 15.03.2019 fand in Dubai die Jahreskonferenz des Netzwerkes Word Link for Lawyers statt, an der Kollegen aus der ganzen Welt anreisten und die neben dem sehr interessanten Fachprogramm die Gelegenheit zum beruflichen und freundschaftlichen Austausch bot. Dolce Lauda war mit den Rechtsanwältinnen Viviana Ramon, André Castelli und Carlo Malossi vertreten. Das Pflichtprogramm wurde mit dem Besuch beim Burj Khalifa und dem Kamelritt durch die Wüste erfolgreich bewältigt



RA Castelli rechtmäßig verliehener Adler  
*Aquila conferita all'avv. Castelli a pieno merito*

### Frankfurt a Main

Die Stadt Frankfurt hat am 29.03.2019 in einem Festakt in der Paulskirche (dem Sitz des ersten deutschen Parlaments) die 500 besten Sportler der Jahre 2017/2018 geehrt, darunter auch Rechtsanwalt André Castelli, Ruderer der Frankfurter Rudergesellschaft von 1865.

### Triest

Am 5. und 6. April 2019 fand in Triest, in dem prächtigen Saal der Industrie- und Handelskammer, ein internationales Symposium über Fragen des Schadensersatzrechts und des Familienrechts statt. Neben der ausgezeichneten Organisation durch die Kanzlei Diego Deboni Ferletic sind die sehr praxisnahen Referate aus den einzelnen Ländern zu loben. Aus unserer Kanzlei trugen Frau Rechtsanwältin Marilena Bacci zum deutschen Recht des materiellen und immateriellen Schadensersatzes und Frau Rechtsanwältin Viviana Ramon zum internationalen Unterhaltsrecht für Minderjährige vor.

### Leipzig

Rechtsanwalt Martin Cordella hat als Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Vertriebsrecht am 10. Symposium in Leipzig (11.-12. April 2019) teilgenommen und die hochinteressante fachliche Debatte verfolgt sowie das unterhaltsame Rahmenprogramm der Jubiläumsveranstaltung bereichert.

### Bologna

Am 12.04.2019 referierte Rechtsanwalt Dolce in den Räumen der Stiftung für die Fortbildung der Rechtsanwaltskammer Bologna zu der Frage, inwieweit die Ereignisse rund um die Berliner Luftbrücke auf den Eintritt Deutschlands in den Europarat Einfluss genommen haben könnten. Besondere Beachtung wurde dem

„backlift“ gewidmet, also den Flüchtlingen, die aus der sowjetischen Besatzungszone mit den Rückflügen nach Westdeutschland kamen. Die Flüchtlingsdiskussionen um 1948 und 49 weisen erstaunliche Parallelen zu denen aus den Jahren 2015 und 2016 auf.

### Hannover

Hannover ist viel schöner als sein Ruf, wie die Mitglieder der deutsch-italienischen Juristenvereinigung bei ihrer Tagung am 24. und 25. Mai feststellen konnten. Hier waren Verkehrsunfallrecht und Familienrecht die Hauptthemen. Herr Rechtsanwalt Dangel hat als Vorstandsmitglied unsere Kanzlei würdig vertreten.

### Rijeka

Am 30.-31.05.2019 fand in Rijeka an der juristischen Fakultät der Universität die zweite Tagung des Projekts PSEFS (Personalized Solutions in European Family and Succession Law) statt, welches im Dezember 2018 in Brüssel gestartet und durch das Programm Justice der Europäischen Union unterstützt und gefördert wird.

Rechtsanwältin Viviana Ramon nahm aktiv am runden Tisch teil und berichtete über die „Taxonomie des Familienvermögenssystems im italienischen und deutschen Recht“.

Die Tagung bestätigte den Erfolg des PSEFS-Projekts, das sich als wichtiges Instrument für die Zusammenarbeit und den Vergleich im Bereich des europäischen Familienrechts etabliert hat.



Egomaniacher Schöngestirnt – *Bellospirito egomaniaco*

### Menaggio

Am 31. Mai und 1. Juni 2019 fand in Villa Vigoni in Menaggio das zehnte deutsch-italienische Anwaltsseminar statt; atmosphärisch und fachlich ein großer Erfolg; sowohl klassische Anwaltsfragen wie das Transportrecht und die grenzüberschreitende Zwangsvollstreckung wurden erörtert, aber auch Themen, die neuen Anforderungen entsprechen, wie FinTech, Blockchain, Smartcontracts. Rechtsanwältin Marilena Bacci referierte über das Thema „Der Deutsch-Italienische Straßentransport: Eine rechtsvergleichende Einführung zwischen DE / CMR / IT“, Rechtsanwalt Rodolfo Dolce moderierte zwei Sitzungen und war an der Organisation zu den Festlichkeiten für das Jubiläum beteiligt.

## ULTIME DALL'EUROPA

### CGUE: istituto di credito non obbligato a controllare l'IBAN

Una società italiana voleva effettuare un pagamento ad un creditore tramite BancoPosta Italiano. L'ordine di pagamento riportava il nome corretto del beneficiario, ma l'IBAN era errato. Così il pagamento ha favorito un terzo sconosciuto, che non è stato così gentile da restituire il denaro. L'azione della società contro BancoPosta per il risarcimento dei danni per mancata verifica è stata deferita alla Corte di Giustizia Europea, che si è pronunciata a favore della banca. Secondo i giudici lussemburghesi, BancoPosta poteva rinviare legittimamente alla limitazione di responsabilità concordata (sentenza della Corte di giustizia europea del 21 marzo 2019 - C-245/18).

### CGUE: Responsabilità nella legislazione antitrust

Sia il Bundeskartellamt che la Commissione Europea impongono sanzioni monetarie nel diritto antitrust, il cui importo e valore della controversia fanno sognare ogni avvocato (a volte si tratta di importi a 10 cifre). Anche l'Autorità Garante della Concorrenza e del Mercato, che finora si era limitata, sta lentamente colmando il divario (678 milioni di euro nella rubrica „Novità dall'Italia“ di questo numero). È quindi più che comprensibile se le imprese interessate cercano un modo per evitare il pagamento. Il successo della strategia di prevenzione nel cosiddetto „Wurstkartell“ ha fatto sì, che l'Ufficio antitrust, che aveva condannato l'azienda a 128 milioni di euro di multa, è rimasto alla fine a mani vuote. Il gruppo Tönnies interessato, ha ristrutturato il gruppo e ha svuotato l'impresa interessata, che non è stata in grado di pagare. La Corte di giustizia europea ha ora stabilito che le ammende antitrust colpiscono l'intero gruppo economico. Che si tratti di società madre, controllata o consorella, tutti sono responsabili. Si applica il concetto europeo autonomo di impresa, con il risultato che non le singole persone giuridiche, ma l'intera „unità economica“ è passivamente legittimata.

### I Pubblici Ministeri tedeschi non sono indipendenti

Un mandato d'arresto europeo, emesso da un pubblico ministero tedesco, non è più esecutivo nello spazio giudiziario europeo. Il 27 maggio 2019 la Corte di giustizia europea ha stabilito, nelle cause C- 508/18 e C-82/19, che i pubblici ministeri non dispongono della indipendenza giudiziaria necessaria. Il legame tra l'esecutivo (ministero della Giustizia) e la procura sarebbe troppo stretto.

Il mandato d'arresto europeo è un elemento utile nella lotta contro la criminalità nell'Unione europea e deve essere salvato. Resta da vedere come l'amministrazione della giustizia risponderà a questa esigenza.

## DOLCE · LAUDA NEL MONDO

### Dubai

Quest'anno la conferenza annuale del network di studi legali World Link for Law si è tenuta dal 14.03 al 15.03.2019 a Dubai e ha visto la partecipazione di colleghi di tutto il mondo che hanno potuto seguire un interessantissimo programma di relazioni e rinfrescare i contatti reciproci. Per Dolce Lauda erano presenti gli avvocati Carlo Malossi, Viviana Ramon e André Castelli. Comunque, non solo dovere, non è mancata la visita al Burj Khalifa, né la passeggiata nel deserto e il giro sul cammello.

### Francoforte sul Meno

Il 29.03.2019, il comune di Francoforte ha premiato in una cerimonia nella Paulskirche (sede del primo parlamento tedesco) i 500 migliori sportivi del 2017/2018, tra i quali l'avv. André Castelli, canottiere del Frankfurter Ruderverein von 1865 e. V.

### Trieste

Il 5-6 aprile 2019 si è tenuto il simposio internazionale legato alle questioni del risarcimento del danno nonché a questioni di diritto di famiglia presso la bellissima sala della Camera di Commercio triestina. Grazie all'eccellente organizzazione dello studio legale Diego Deboni Ferletic, il simposio ha avuto un ottimo riscontro da parte del pubblico presente, il quale si è dimostrato molto attento e pronto a discutere sui temi proposti in chiave molto pratica e comparatistica. Del nostro studio hanno partecipato l'avvocato Marilena Bacci, la quale ha svolto una relazione sul diritto tedesco al risarcimento del danno patrimoniale e non patrimoniale, mentre l'avvocato Viviana Ramon ha esposto sul tema del mantenimento dei minori a livello internazionale.

### Lipsia

L'avv. Martin Cordella ha partecipato come membro dell'Associazione tedesca per il diritto commerciale al 10° simposio a Lipsia (11-12 aprile 2019) e ha seguito il dibattito tecnico di grande interesse, arricchito dal piacevole programma quadro dell'evento per il decennale della fondazione.



### Bologna

Il giorno 12.04.2019, nelle stanze della Fondazione Forense dell'Ordine degli Avvocati di Bologna, l'avvocato Dolce ha tenuto una relazione sulla questione della misura in cui gli eventi circostanti al ponte aereo di Berlino hanno influenzato l'ingresso della Germania nel Consiglio d'Europa. Un'attenzione particolare è stata rivolta al „backlift“, cioè ai rifugiati che facevano ritorno nella Germania dell'Ovest con voli che partivano dalla zona di occupazione

sovietica. Le discussioni sui rifugiati intorno al 1948 e 1949 mostrano sorprendenti analogie con quelle degli anni 2015 e 2016.

### Hannover

Hannover è molto più carina della sua nomea, come hanno constatato i membri dell'associazione degli avvocati italo-tedeschi nella loro riunione del 24 e 25 maggio. I principali temi trattati sono stati la legge sugli incidenti stradali e il diritto di famiglia. L'avvocato Dangel ha meritatamente rappresentato il nostro studio legale come membro del comitato direttivo.

### Rijeka (Fiume)

Il 30-31.05.2019 si è tenuto a Rijeka il secondo incontro del progetto PSEFS (acronimo di Personalized Solutions in European Family and Succession Law), lanciato e promosso a dicembre 2018 a Bruxelles, progetto co-finanziato dal programma Justice dell'Unione Europea. L'evento si è tenuto presso la facoltà di Giurisprudenza della città croata.

Alla tavola rotonda ha partecipato attivamente l'avv. Viviana Ramon relazionando sulla „tassonomia del sistema patrimoniale familiare nel diritto italiano e tedesco“.

L'evento ha confermato il successo del progetto PSEFS che si consolida come un importante strumento di cooperazione e comparazione in materia di diritto di famiglia europeo.

### Menaggio

Il 31 maggio e 1 giugno 2019 si è tenuto presso la Villa Vigoni in Menaggio il 10° seminario degli avvocati italo tedeschi in un contesto tanto magico quanto altamente professionale che ha avuto altissimo riscontro da parte della platea anch'essa internazionale. Nel corso del seminario sono stati affrontati sia classici temi di diritto civile, quali il diritto dei trasporti e l'esecuzione transfrontaliera, quanto di grande attualità come FinTech, Blockchain, Smart-contracts. L'avvocato Marilena Bacci ha relazionato sul tema „Diritto dei trasporti italo-tedeschi su strada: un'introduzione comparativa tra DE / CMR / IT.“ L'avv. Rodolfo Dolce ha moderato due sedute e ha contribuito all'organizzazione per le festività dell'anniversario.



Dolce Lauda Head office – Keiner da, alle unterwegs  
Dolce Lauda Head office – non c'è nessuno, tutti in giro

## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

### **EuGH Vollziehungsfrist nach deutschem Recht für italienischen Arresttitel**

Die EuGVVO regelt in Art. 42 Abs. II die Voraussetzung für die Vollstreckung eines im Wege des Eilverfahrens ergangenen Beschlusses im Vollstreckungsstaat. Eine für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr bedeutende Entscheidung hat der EuGH mit Urteil vom 4.10.2018 (C-379/17) verkündet, die noch zur Vorgängerverordnung 44/2001 ergangen, aber auf heutige Verhältnisse übertragbar ist. Danach muss der italienische Antragsteller, der einen italienischen provvedimento d'urgenza erwirkt hat, in Deutschland die Fristen und Formen der ZPO beachten. Nach § 929 Abs. II ZPO kann ein Arrestbefehl in Deutschland nicht mehr vollzogen werden, wenn die Frist von einem Monat nach Zustellung der Entscheidung an den Antragsteller verstrichen ist. Diese hatte die italienische Gläubigerin, sich auf das eigene Verfahrensrecht stützend, in Unwissenheit verstreichen lassen. Damit wurde ihr provvedimento wertlos.

### **BGH: Jedes Beweismittel ist grundsätzlich zuzulassen**

Wie der BGH mit Beschluss vom 12.12.2018 (XII ZR 99/17) festgestellt hat, kommt die Zurückweisung einer beantragten Zeugenvernehmung wegen Ungeeignetheit des Beweismittels nur ausnahmsweise in Betracht, und zwar wenn es völlig ausgeschlossen erscheint, dass dieses zu Erkenntnissen führen kann. Allein der Umstand, dass das Ergebnis unwahrscheinlich erscheint, berechtigt den Tatrichter nicht, von der Beweisaufnahme abzusehen.

### **BGH: Dem Mandanten ist nicht zu glauben**

Ein Arbeitnehmer kommt zu einem Rechtsanwalt und legt ihm eine Kündigung vor. Er beauftragt den Rechtsanwalt, die Kündigung anzufechten. Nach deutschem Recht hat der Arbeitnehmer drei Wochen hierfür Zeit. Der Mandant teilt dem Rechtsanwalt mit, er habe die Kündigung an einem bestimmten Tag im Briefkasten vorgefunden und der Rechtsanwalt errechnet danach die Frist.

Die Klage ist leider verspätet, weil die Angabe des Mandanten unrichtig ist, und der Prozess wird verloren. Jetzt klagt der Mandant gegen den Anwalt auf Schadensersatz und der BGH gibt ihm recht: Bei Angaben des Mandanten über den Zugang einer Willenserklärung handele es sich um eine rechtliche Beurteilung eines tatsächlichen Geschehens. Der Rechtsanwalt habe sich durch Nachfragen selbst Klarheit über den Zeitpunkt der Kündigung zu verschaffen (BGH vom 14.2.2019, IX ZR 181/17).

Den Kollegen ist nur zu raten, im Zweifel keine fristnahen Mandate anzunehmen.

### **BGH: Rückzahlung von Vorschuss an Mandanten/Kassationshof: Pauschales Bestreiten**

Der BGH ist aber auch in der Lage, anwaltsfreundliche Entscheidungen zu treffen. Ein Mandant hatte einem Rechtsanwalt einen Vorschuss für ein Mandat gezahlt und war mit der Abwicklung alles andere als zufrieden. Der Rechtsanwalt war nicht einmal in der Lage, eine ordentliche Rechnung zu erstellen, so dass der Mandant, der den Auftrag gekündigt hatte, sei-

nen Vorschuss in voller Höhe zurück verlangte. Erst dann stellte der Rechtsanwalt eine ordentliche Rechnung aus.

Der BGH ist der Auffassung, dass der Rechtsanwalt selbst dann den Vorschuss behalten dürfe. Der Rechtsanwalt sei nicht allein deshalb zur Rückzahlung geordert und erhaltener Vorschüsse verpflichtet, weil er pflichtwidrig keine den gesetzlichen Anforderungen genügende Rechnung erstellt habe (Urteil vom 7.3.2019 - IX ZR 143/18).

Der italienische Kassationshof (11790/2019) urteilt dagegen nicht so anwaltsfreundlich. Ein Rechtsanwalt hatte sich die Korrektheit seiner Forderung gegen seinen Mandanten von der Rechtsanwaltskammer bestätigen lassen und einen Mahnbescheid beantragt. Der Mandant legte Widerspruch ein und bestritt Höhe und Grund der Forderung nur pauschal. Der Kassationshof ist der Auffassung, dass selbst in diesem Fall der Rechtsanwalt gehalten ist, seine Rechnung Position für Position schlüssig und nachvollziehbar darzulegen und im Rechtsstreit zu begründen.

In einer weiteren Entscheidung (10757/2019) hält es der Kassationshof für unzulässig, wenn der Rechtsanwalt im Rahmen des Rechtsstreits die ursprünglich gestellte Kostenrechnung um weitere Gebühren aufstockt. Hat er einmal die Rechnung ausgestellt, ist der Rechtsanwalt daran gebunden.

### **Entschädigung für Sachverständigen im ausländischen Recht**

Sobald der deutsche Richter nach der Rom II Verordnung zur Entscheidung über einen Verkehrsunfall italienisches Recht anzuwenden hat, bestellt er in der Regel einen Sachverständigen. Über seine reichhaltige Erfahrung als Sachverständiger referierte Prof. Dr. Michael Stürmer, Universität Konstanz „Italienisches Schadensrecht nach Verkehrsunfällen“ am 25. Mai 2019 vor der deutsch-italienischen Juristenvereinigung; ein entsprechender Beitrag im Jahrbuch zum italienischen Recht ist in Vorbereitung.

Zur Vergütung von Sachverständigen im italienischen Recht hat das OLG Dresden mit Beschluss vom 23.1.2019 eine praxisrelevante Entscheidung getroffen. Ein Gutachter hatte seine Tätigkeit mit 125 Euro/h nach der höchsten Honorargruppe 13 nach dem JVEG in Rechnung gestellt (Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten). Das Landgericht hatte noch eine Einstufung in Honorargruppe 10 für angemessen erachtet und dem Gutachter nur 110 Euro/h zubilligen wollen. Für derartige Leistungen gäbe es keinen vergleichbaren Markt, so das Landgericht.

Das Oberlandesgericht hingegen weist auf den Markt rechtsanwaltschaftlicher Dienstleistungen zum ausländischen Recht hin und dass dort regelmäßig Stundensätze von deutlich über 125 Euro ausgehandelt werden würden. Diese seien durchaus auch auf einen Wissenschaftler und Professor für Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung übertragbar, sodass das geltend gemachte Honorar zugebilligt wurde

### **Der Anwalt trägt Robe**

Italienische Kollegen wundern sich, dass deutsche Rechtsanwälte ihre Robe auch vor den Zivilgerichten tragen. Das soll nach einem Beschluss der Satzungsversammlung der deutsche Rechtsanwälte auch so bleiben: mit einem Stimmresultat von 70 zu 2 wurde der Antrag eines Dresdner Kollegen abgelehnt, den Robenzwang aufzuheben.

### **Informationspflicht über Prozessfinanzierer**

Wie das OLG Köln entschieden hat (5. 11. 2018, 5 U 33/18) ist der Rechtsanwalt grundsätzlich verpflichtet, den Mandanten auch auf die Möglichkeit einer Prozessfinanzierung hinzuweisen. Wie das Gericht glücklicherweise weiter entschieden hat, gehört es aber nicht zu den anwaltlichen Pflichten, eine Marktrecherche nach dem günstigsten Prozessfinanzierer zu betreiben.

### **Kassationshof: Unterlegene Partei hat auch Mediationskosten zu zahlen**

In einigen italienischen Rechtsgebieten ist vor einem Klageverfahren ein Mediationsverfahren vorgeschrieben. Die Kosten des Mediationsverfahrens wurden dem obsiegenden Kläger nur im Einzelfall erstattet. Der Kassationshof hat jetzt Klarheit geschaffen (12712/2019): Die unterlegene Partei hat sämtliche Kosten zu tragen, auch die Kosten für die Vertretung im obligatorisch vorgeschalteten Mediationsverfahrens.

### **Kein Erfordernis der Apostille für EU-Urkunden in Deutschland**

Nicht zwischen Deutschland und Italien, aber zwischen allen anderen Ländern, ob Luxemburg oder Niederlande, musste bei jeder notariellen Beglaubigung eine Apostille beantragt werden. Aus einem Rundschreiben des Bundesministeriums des Inneren vom 24.1.2019 entnehmen wir, dass die VO 1191/2016 ab dem 16. Februar 2019 als unmittelbar geltendes Recht in Deutschland in Kraft tritt (V II 1 -20103/77#9). Da kennzeichnend für eine Verordnung ist, dass sie sofort in Kraft tritt, würden sich hierzu einige Fragen stellen. Diese lassen wir beiseite und freuen uns, dass ein weiteres bürokratisches Hindernis in Europa weggefallen ist.

### **Ausländische Rechtsanwälte in Deutschland: Beiträge an die berufsständische Altersversorgung absetzbar**

Die deutschen Finanzämter weigerten sich bislang, ausländischen Rechtsanwälten, die in Deutschland tätig sind und nicht der unbeschränkten Steuerpflicht unterliegen, Kosten für die berufsständische Altersversorgungseinrichtung als steuermindernd anzuerkennen. Der EuGH hat dieser Praxis, die der Niederlassungsfreiheit zuwider lief, einen Riegel vorgeschoben. Spätestens seit seiner Entscheidung vom 6.12.2018 (C-480/18) können die Kollegen absetzen. Sollte ein betroffener Kollege dies erst durch den Mandantenbrief erfahren haben sollen, bitten wir um eine nicht absetzbare Spende an die Redaktion.

## INFORMAZIONI PER COLLEGHI

### **Italia: nessuna assunzione automatica del Tribunale della decisione dell'esperto**

Alcune decisioni sono così ovvie che ci si sorprende che abbiano potuto occupare i tribunali per tre istanze. In ogni giurisdizione, il giudice decide sotto la propria responsabilità e non può trasferirla a terzi. Diversa la posizione assunta dal giudice italiano, che, in una causa relativa all'affidamento dei genitori, ha seguito la proposta del CTU senza ulteriori spiegazioni, limitandosi a ripetere le sue osservazioni. Fortunatamente, la Corte di Cassazione italiana con sentenza del 2 aprile 2019 n. 9110 ha ricordato ai giudici la propria responsabilità e ha rinviato la causa a nuova trattazione.

### **Corte di Giustizia: Termine di esecuzione in base al diritto tedesco per i provvedimenti d'urgenza italiani**

L'art. 42, comma II, Bruxelles bis disciplina la condizione preliminare per l'esecuzione nello Stato di esecuzione di un'ordinanza emessa mediante procedura sommaria. Una decisione importante per i rapporti giuridici tedesco-italiani è stata pronunciata dalla Corte di Giustizia il 4 ottobre 2018 nella causa C-379/17, relativa al precedente regolamento UE n. 44/2001, ma applicabile anche alla nuova normativa. Di conseguenza, il richiedente italiano che ha ottenuto un provvedimento d'urgenza italiano deve rispettare i termini e le forme dello ZPO in Germania. Ai sensi del § 929 (II) ZPO, un provvedimento d'urgenza non può più essere eseguito in Germania se il termine di un mese dalla notifica della decisione al richiedente è scaduto. La ricorrente aveva lasciato trascorrere tale termine, ignorando la differenza rispetto al diritto italiano, e rendendo così il suo provvedimento privo di effetto.

### **BGH: In linea di principio deve essere ammessa qualsiasi prova**

Come ha affermato la BGH nella sua decisione del 12.12.2018 (XII ZR 99/17), il rigetto di una richiesta di audizione di un testimone a causa dell'inadeguatezza delle prove può essere preso in considerazione solo in casi eccezionali, vale a dire se risulta completamente escluso che ciò possa condurre a conclusioni utili. Il solo fatto che il risultato appare improbabile non autorizza l'autorità giudiziaria a rinunciare all'assunzione delle prove.

### **BGH: Al cliente non si deve necessariamente credere**

Un dipendente si rivolge ad un avvocato e gli presenta una lettera di licenziamento. Incarica l'avvocato di impugnare il licenziamento. Secondo la legge tedesca, il dipendente ha tre settimane di tempo per farlo. Il cliente informa l'avvocato che ha trovato il licenziamento nella cassetta delle lettere in un determinato giorno e l'avvocato calcola la scadenza.

Il reclamo risulta poi tardivo, perché la dichiarazione del cliente non era corretta. Di conseguenza, il licenziamento è inoppugnabile. Ora il cliente cita l'avvocato per danni e la BGH gli dà ragione: le dichiarazioni del cliente relative alla data di ricevimento della dichiarazione costituiscono fatto giuridico esplicitamente effetti giuridici, motivo per cui l'avvocato è tenuto a ricercare con maggiore diligenza gli elementi

fattuali (BGH del 14.2.2019, IX ZR 181/17).

Si consiglia ai colleghi di non accettare incarichi con scadenza imminente.

### **BGH: Rimborso dell'anticipo al cliente / Corte di Cassazione: diniego del rimborso forfettario**

Il BGH è anche in grado di prendere decisioni in favore dell'avvocato. Un cliente aveva pagato ad un avvocato un anticipo, ma non era rimasto soddisfatto della gestione del mandato. L'avvocato non era nemmeno in grado di emettere una fattura, motivo per cui il cliente che aveva revocato il mandato aveva poi richiesto il rimborso dell'anticipo. Solo in tale occasione l'avvocato provvedeva a emettere una corretta fattura.

Il BGH è del parere che l'avvocato può mantenere l'anticipo anche in questo caso. L'avvocato non è tenuto a rimborsare l'acconto ricevuto per il solo fatto di aver omesso di emettere corretta fattura e non abbia informato il cliente (sentenza del 7 marzo 2019 - IX ZR 143/18).

La Corte di Cassazione italiana (11790/2019), invece, non è così favorevole agli avvocati. Un avvocato si era fatto certificare l'idoneità della sua fattura da parte dell'Ordine degli avvocati, chiedendo poi l'ingiunzione di pagamento. Il cliente

si opponeva in modo generico. La Corte di Cassazione è del parere che anche in questo caso l'avvocato sia tenuto a spiegare ogni singola voce fatta valere in fattura e giustificare nel merito l'importo fatto valere.

In un'ulteriore decisione (10757/2019), la Corte di Cassazione ha ritenuto inammissibile da parte dell'avvocato di aggiungere ulteriori voci di onorario rispetto alla prima fattura emessa. Una volta emessa la fattura, l'avvocato è vincolato ad essa.

### **Indennità per esperti di diritto estero**

Non appena il giudice tedesco deve applicare la legge italiana per decidere su un incidente stradale ai sensi del regolamento Roma II, di solito nomina un perito. Il 25 maggio 2019, il Prof. Dr. Michael Stürner, Università di Costanza, ha tenuto una conferenza sulla sua vasta esperienza come esperto di „Diritto italiano dei danni dopo gli incidenti stradali“ all'Ordine degli Avvocati italo-tedesco; è in preparazione un articolo nell'Annuario del diritto italiano.

Il 23 gennaio 2019 la corte di appello di Dresda ha emesso una sentenza ad alto impatto pratico in merito alla remunerazione dei periti per il diritto italiano. Un perito aveva fatturato il suo intervento con 125 Euro/h in base alla voce di onorari n. 13 di cui al JVEG (legge tedesca sulla retribuzione dei periti, interpreti, traduttori e la retribuzione di giudici onorari, testimoni, testimoni, testimoni e terzi). Il Tribunale aveva ritenuto equo adottare invece la classificazione nel gruppo n. 10, ritenendo giustificato applicare un importo pari a 110 Euro/h. Secondo il tribunale per tale tipo di attività non esisterebbe un metro di comparazione.

Per contro la corte d'appello si rifà al mercato degli avvocati specializzati nel diritto estero evidenziando che in tale contesto solitamente una tariffa oraria superiore a Euro 125 sarebbe oggetto di specifica contrattazione. Queste tariffe possono essere applicate in via analogica anche ad un ricercatore e

professore di diritto internazionale privato e di diritto comparato, motivo per cui l'importo richiesto è stato poi riconosciuto.

### **L'avvocato indossa la toga**

I colleghi italiani sono sorpresi che gli avvocati tedeschi indossino le loro toghe davanti ai tribunali civili. In seguito ad una risoluzione della assemblea statutaria degli avvocati tedeschi tale tradizione permarrà anche in futuro: con un risultato di 70 voti contro 2, la proposta di un collega di Dresda di revocare l'obbligo di portare la toga è stata respinta.

### **Obbligo di fornire informazioni sui finanziatori del contenzioso**

La corte di appello di Colonia ha deciso con sentenza dd. 5. 11. 2018 (5 U 33/18) che l'Avvocato è tenuto a informare il proprio cliente sulla possibilità di finanziamento da parte di terzi del contenzioso. Fortunatamente non fa parte dei doveri dell'avvocato condurre una ricerca di mercato per trovare il finanziatore del contenzioso più economico.

### **Corte di Cassazione: la parte soccombente deve pagare anche le spese di mediazione**

In alcuni settori del diritto italiano, prima di intentare un'azione legale è obbligatorio instaurare una mediazione. Le spese della procedura di mediazione vengono rimborsate all'attore vincente solo in alcuni casi. La Corte di Cassazione è ora intervenuta sul punto con sentenza 12712/2019, stabilendo che la parte soccombente deve sostenere tutte le spese, comprese le spese di rappresentanza nella procedura di mediazione obbligatoria.

### **Nessun obbligo di apostille per i documenti UE in Germania**

Non tra la Germania e l'Italia, ma tra tutti gli altri paesi, Lussemburgo e Paesi Bassi, è necessario richiedere l'apostille per ogni certificazione notarile. Da una circolare del Ministero federale dell'Interno del 24.1.2019, apprendiamo ora che il regolamento 1191/2016 è entrato in vigore il 16 febbraio 2019 quale legge direttamente applicabile in Germania (V II 1 -20103/77#9). Anche se l'entrata in vigore differita di un regolamento ci sembra strana, siamo lieti che un altro ostacolo burocratico sia stato rimosso in Europa.

### **Avvocati stranieri in Germania: contributi ai piani pensionistici professionali deducibili**

Le autorità fiscali tedesche si sono finora rifiutate di riconoscere agli avvocati stranieri che lavorano in Germania e non sono soggetti fiscali illimitati, la deducibilità dei costi legati al regime pensionistico. La Corte di Giustizia si è pronunciata sul punto, sottolineando la contrarietà di tale regime rispetto al principio della libertà di stabilimento. Al più tardi a partire dalla decisione del 6.12.2018 (C-480/18) i colleghi possono ora procedere a dedurre tale voce dalle proprie tasse. Se un collega interessato abbia scoperto solo ora tale possibilità, la redazione sarebbe lieta di ricevere una piccola donazione (non deducibile) per il servizio prestato.

# ARBEITSRECHT

## Italien: Spezialisierung des Arbeitnehmers als Kriterium bei Sozialauswahl

Bei Massenentlassungen hat der italienische Arbeitgeber eine Sozialauswahl zu treffen, die das Betriebsalter und die Unterhaltspflichten des Arbeitnehmers berücksichtigen muss. Um einige hochspezialisierte Mitarbeiter im Betrieb halten zu können, hatten Arbeitgeber und Gewerkschaft als zusätzliches Auswahlkriterium auch den Spezialisierungsgrad eingeführt, soweit die technisch-produktiven Erfordernisse des Betriebs diesen erfordern sollten. (In Deutschland ist es ja gesetzlich geregelt, dass sog. „Leistungsträger“ aus der Sozialauswahl herausgenommen werden können).

Einige gekündigte Arbeitnehmer hielten dieses Kriterium für zu unbestimmt, da es dem Arbeitgeber Tür und Tor für eine nicht überprüfbare Auswahl öffnen würde. Die ersten beiden Instanzen gaben dem Arbeitnehmer recht, der Kassationshof hat hingegen den Erfordernissen des Unternehmens Rechnung tragen wollen und die Kündigungsklage abgewiesen (Kassationshof 31872/2018).

## Reisezeiten über Auslandsentsendung sind in voller Höhe zu vergüten

Ein Arbeitnehmer wurde von seinem Arbeitgeber auf eine Baustelle nach China entsandt; der Arbeitgeber buchte für ihn zunächst einen Economy-Direktflug, buchte aber auf Wunsch des Arbeitnehmers den Direktflug in ein Businessflug mit Zwischenstopp in Dubai um. Der Kläger verlangte Vergütung für seine gesamte Reisezeit als Arbeitszeit (in der Abrechnung fehlten 37 Stunden) und bekam nur teilweise Recht. Das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz hatte aber dabei Gelegenheit, festzustellen, dass Reisen zur auswärtigen Arbeitsstelle in der Tat wie Arbeitszeit vom Arbeitgeber zu vergüten sind; erforderlich sei dabei aber grundsätzlich nur die Reisezeit, die bei einem Direktflug in der Economy class anfällt (LAG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 17. Oktober 2018 5 AZR 553/17).

## Sozialkassenverfahren im Baugewerbe für alle Arbeitnehmer bindend

Das deutsche Arbeitsrecht zeichnet sich im Rechtsvergleich mit dem italienischen Arbeitsrecht dadurch aus, dass es größtenteils ohne allgemein verbindliche Tarifverträge auskommt. Bis auf wenige Ausnahmen können die nicht tarifgebundenen Arbeitsvertragsparteien ihre Arbeitsbedingungen - unter Vorgabe der gesetzlichen Mindestvoraussetzungen - autonom aushandeln. Eine Ausnahme hiervon bildet der Bausektor. Wie das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 20.11.2018 (10 AZR 121/18) festgestellt hat, ist die Übertragung des sogenannten Sozialkassenverfahrens im Baugewerbe auf alle Arbeitnehmer verfassungsgemäß. Das bedeutet, dass bestimmte Vorschriften zum Urlaub, Ausbildung und Arbeitszeit von allen Arbeitgebern beachtet werden müssen.

## Deutschland Urlaubsrecht – Verfallbarkeit und Vererbbarkeit

Der EuGH hat 2018 durch zwei Entscheidungen erneut erheblichen Einfluss auf das Urlaubsrecht in Deutschland genommen.

Der EuGH hatte zunächst im deutschen Arbeitsrecht zu einer erheblichen Unsicherheit geführt, ob vom Arbeitnehmer im Kalenderjahr nicht genomme-

ner Urlaub irgendwann verfallen kann. Die ursprüngliche Regel im deutschen Urlaubsrecht (§ 7 Abs. 3 Bundesurlaubsgesetz) sieht vor, dass der Urlaub bis zum 31. März des Folgejahres genommen werden muss – ansonsten verfällt er. In seiner Entscheidung (EuGH, Urteil vom 06.11.2018 – C-684/16) beseitigt der EuGH die Unklarheiten dahingehend, dass der Urlaub auch in Zukunft zum 31. März des Folgejahres verfallen kann, wenn der Arbeitgeber den Arbeitnehmer zuvor hinreichend und rechtzeitig darauf hingewiesen hatte, dass der Urlaubsanspruch verfallen könnte. Fordert der Arbeitgeber den Arbeitnehmer rechtzeitig auf, seinen Urlaub zu nehmen, und kommt der Arbeitnehmer dem nicht nach, verliert er seinen Urlaubsanspruch. Diese Entscheidung hat das BAG nun mit seinem Urteil vom 19.02.2019 (Az: 9 AZR 541/15) auch umgesetzt.

Arbeitgeber sind gut damit beraten, wenn sie aufgrund dieser aktuellen Entscheidung zu Beginn des 4. Quartals eines jeden Urlaubsjahres die Arbeitnehmer auffordern, den Resturlaub zu nehmen und dabei ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Urlaub andernfalls verfällt; eine pauschale Regelung hierzu im Arbeitsvertrag dürfte wohl nicht ausreichend sein.

In einer zweiten Entscheidung entschied der EuGH, dass die Erben eines verstorbenen Arbeitnehmers die Abgeltung für den vom Erblasser nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub verlangen können. Die deutsche Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit hat dies stets und beharrlich anders gesehen. Aufgrund des höchstpersönlichen Charakters des Urlaubsanspruchs wurde auch der Ersatzanspruch als nicht vererbbar angesehen,

## Nachvertragliches Wettbewerbsverbot und Vorvertrag

Die Regeln zum nachvertraglichen Wettbewerbsverbot sind in Deutschland und Italien grundsätzlich vergleichbar. Ein wesentlicher Unterschied ist die Höhe der sogenannten Karenzentschädigung, d.h. der zu zahlenden Vergütung für die wettbewerbsfrei Zeit. In Italien hat der Gesetzgeber auf die Festlegung einer Mindesthöhe verzichtet (Art. 2125 cc), sodass in der Praxis 10 bis 20 % als Vergütung ausreichen, in Deutschland ist eine Entschädigung in Höhe von 50 % der zuletzt bezogenen vertragsgemäßen Leistungen vorgeschrieben (Art. 74 II HGB). In Deutschland ist die Vereinbarung eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots also wesentlich teurer.

Es ist weiterhin gefestigte Rechtsprechung, dass der Arbeitgeber sich nicht einseitig vorbehalten kann, am Ende des Arbeitsverhältnisses die Option des Wettbewerbsverbotes zu ziehen. Diese noch in sehr alten Verträgen enthaltene Wahlmöglichkeit führt dazu, dass das Wahlrecht auf den Arbeitnehmer fällt. Er darf dann entscheiden, ob er sich löst oder die Karenzentschädigung beansprucht.

Eine interessante Lösung ergibt sich aus einer aktuellen Entscheidung des BAG (Urteil vom 9. Dezember 2018, 10 AZR 130/18). Dort vereinbarten die Parteien mit dem Hauptvertrag (Arbeitsvertrag) auch einen Vorvertrag auf den Abschluss eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbotes. Er wurde in der gleichen Form unterzeichnet wie auch der Arbeitsvertrag selbst und wurde dem Arbeitsvertrag in Anlage beigefügt. Im Arbeits-

vertrag verpflichtete sich der Arbeitnehmer auf Verlangen des Arbeitgebers einen Hauptvertrag über ein nachvertragliches Werbeverbot mit dem Inhalt der Anlage abzuschließen.

Der Arbeitgeber kündigte dem Arbeitnehmer, der nun der Auffassung ist, ihm stünde die Karenzentschädigung zu. Das Bundesarbeitsgericht ist anderer Auffassung, da die Vereinbarung ausdrücklich nicht im Hauptvertrag aufgenommen worden sei. Der Arbeitnehmer werde nicht unangemessen benachteiligt, da die Verpflichtung zum Abschluss eines Hauptvertrages nur bis zur Kündigung des Vertrages möglich gewesen war (so die Vertragsklausel). Da die Parteien frei waren, bereits zu Beginn des Arbeitsverhältnisses eine solche Klausel zu vereinbaren, spräche nichts dagegen, dass diese auch im Laufe des Arbeitsverhältnisses vereinbart werden könne – solange es eben noch ungekündigt fortbestehen.

## Anwendbares Recht bei Entsendung

Ein bulgarischer Arbeitnehmer, der seit anderthalb Jahren arbeitslos ist, wird von einem bulgarischen Unternehmen eingestellt und gleich am ersten Tag nach Großbritannien entsandt. Innerhalb der Probezeit wird er dort gekündigt. Nach welchem Recht ist der Arbeitnehmer versichert?

Die bulgarische Behörde verweigerte die Ausstellung der sogenannten A1 Bescheinigung (den Nachweis der bulgarischen Sozialversicherung), weil der Arbeitnehmer nicht zuvor mindestens einen Monat in Bulgarien beschäftigt gewesen war. Der EuGH hat nun entschieden, dass es darauf nicht ankommt (Urteil vom 25.10.2018, C 451/17): Der Arbeitnehmer unterliegt dem Recht des Entsendestaates auch wenn er unmittelbar vor Beginn seiner Beschäftigung dort kein versicherter Arbeitnehmer war, jedoch zu diesem Zeitpunkt dort seinen Wohnort hatte.

## Aufzeichnung der Arbeitszeit

Wie der EuGH am 14.5.2019 (C – 5518) entschieden hat, sind alle europäischen Arbeitgeber verpflichtet, ein System einzurichten, mit dem die von jedem Arbeitnehmer geleistete tägliche Arbeitszeit aufgezeichnet werden kann. Die Entscheidung wird insbesondere kleinere Arbeitgeber, die nicht über eine automatische Zeiterfassung verfügen beschäftigen. In Deutschland wird schon darüber diskutiert, ob die Entscheidung das Ende für die sogenannte „Vertrauensarbeitszeit“ bedeutet.

## Geschäftsführer einer GmbH als Arbeitgeber

Das deutsche Arbeitsrecht ging bislang vom ehernen Grundsatz aus, dass der Geschäftsführer einer GmbH als Organ der Gesellschaft kein Arbeitnehmer ist und die Arbeitnehmerschutzrechte nicht in Anspruch nehmen kann. Dagegen hatte der EuGH schon im Jahr 2010 entschieden, dass auch eine schwangere Geschäftsführerin Mutterschaftsurlaub nehmen könne (11.11.2010, C-232/09). Der BGH (26.03.2019, II ZR 244/17) hat auf diesem Gebiet jetzt entschieden, dass ein GmbH-Geschäftsführer als Arbeitnehmer im Sinne des § 2 Nr. 2 AGG anzusehen ist. In dem entschiedenen Fall hatte sich die Gesellschaft im Geschäftsführervertrag vorbehalten, den Geschäftsführer bei Erreichen der Pensionsgrenze kündigen zu können. Der BGH sei hier eine altersbedingte Diskriminierung und hielt die Klausel für unzulässig.



# DIRITTO DEL LAVORO

## Italia: la specializzazione del dipendente come criterio di scelta

In caso di licenziamento collettivo il datore di lavoro italiano deve effettuare una scelta tenendo in considerazione l'anzianità di servizio e i carichi di famiglia dei lavoratori. Al fine di mantenere in azienda alcuni dipendenti altamente specializzati, il datore di lavoro e il sindacato hanno inoltre introdotto l'alta specializzazione in funzione delle esigenze tecnico produttive dell'azienda quale ulteriore criterio di valutazione. (In Germania è previsto per legge che i cosiddetti „high performer“ possano essere esclusi dalla scelta).

Alcuni lavoratori licenziati ritengono che questo criterio sia troppo vago, in quanto aprirebbe al datore di lavoro la possibilità di una scelta non verificabile. Le prime due istanze hanno dato ragione ai dipendenti, ma la Corte di Cassazione ha voluto tener conto delle esigenze dell'azienda e ha respinto il ricorso per licenziamento (Corte di Cassazione 31872/2018).

## I tempi di viaggio per le trasferte all'estero devono essere rimborsati per intero.

Un dipendente è stato inviato dal suo datore di lavoro in un cantiere in Cina; il datore di lavoro ha inizialmente prenotato per lui un volo economico diretto, ma, su richiesta del dipendente, ha cambiato il volo diretto in un volo business con scalo a Dubai. Il ricorrente ha richiesto la retribuzione per l'intero tempo di viaggio quale tempo di lavoro (37 ore non figuravano in busta paga) ed aveva ottenuto solo parzialmente ragione. Tuttavia, il Tribunale superiore del lavoro della Renania-Palatinato è riuscito a stabilire che le trasferte all'estero sono effettivamente retribuite dal datore di lavoro allo stesso modo dell'orario di lavoro; in linea di principio, tuttavia, si deve considerare solo il tempo di viaggio necessario per un volo diretto in classe economica (sentenza del 17 ottobre 2018 5 AZR 553/17 del GAL Renania-Palatinato).

## Procedura dei fondi di previdenza sociale nel settore delle costruzioni vincolante per tutti i dipendenti

Rispetto al diritto del lavoro italiano, il diritto del lavoro tedesco è caratterizzato dal fatto di essere, in larga misura, non regolamentato da contratti collettivi generalmente vincolanti. Fatte salve alcune eccezioni, le parti del contratto di lavoro che non sono vincolate da contratti collettivi possono negoziare autonomamente le loro condizioni di lavoro, nel rispetto dei requisiti minimi previsti dalla legge. Un'eccezione è rappresentata dal settore delle costruzioni. Come deciso dal Tribunale federale del lavoro con decisione del 20 novembre 2018 (10 AZR 121/18), il trasferimento a tutti i lavoratori dipendenti della cosiddetta procedura dei fondi di previdenza sociale nel settore edile è costituzionale. Ciò significa che tutti i datori di lavoro devono rispettare alcune norme in materia di ferie, formazione e orari di lavoro.

## Germania: Legge sulle vacanze - Decadenza ed ereditarietà

Nel 2018 la Corte di giustizia europea ha esercitato ancora una volta una notevole influenza sul diritto delle vacanze in Germania attraverso due sentenze.

La Corte di giustizia europea, aveva inizialmente creato una notevole incertezza nel diritto del lavoro

tedesco per quanto riguarda la possibilità che le ferie non godute da un dipendente in un anno vengano ritenute perse da un certo momento in poi. La norma originaria della legge tedesca sulle ferie (articolo 7, paragrafo 3, della legge sul congedo federale) stabilisce che le ferie devono essere godute entro il 31 marzo dell'anno successivo, altrimenti si perdono. Nella sua decisione (EuGH, sentenza del 06.11.2018 - C-684/16) l'EuGH pone fine all'ambiguità, stabilendo che le ferie possono risultare perse il 31 marzo dell'anno successivo, solo se il datore di lavoro ha precedentemente informato il lavoratore in modo sufficiente e in tempo utile che poteva decadere dal diritto alle ferie. Se il datore di lavoro chiede in tempo utile al dipendente di prendere le ferie e il dipendente non ottempera, quest'ultimo perde il diritto alle ferie. Questa decisione ha modificato il BAG ora con la sentenza del 19.02.2019 (Az: 9 AZR 541/15).

I datori di lavoro sono ben consigliati, se, in conseguenza di questa decisione, all'inizio del 4° trimestre di ogni anno chiedono ai dipendenti di prendere le (restanti) vacanze e sottolineano così espressamente che altrimenti le ferie vengono perse; una regolamentazione generale su questo aspetto nel contratto di lavoro potrebbe probabilmente non essere sufficiente.

In una seconda sentenza, la Corte di giustizia europea ha stabilito che gli eredi di un dipendente deceduto possono chiedere un indennizzo per le ferie non godute dal de cuius. La giurisprudenza tedesca della Corte del lavoro ha sempre e costantemente assunto una posizione diversa. A causa del carattere strettamente personale della richiesta di ferie, la domanda relativa ad una loro monetizzazione non era stata considerata tra quelle che cadono in successione.

## Clausola di non concorrenza post-contrattuale e contratto preliminare

Le norme sui patti di non concorrenza post-contrattuali sono in linea di principio comparabili tra Germania e Italia. Una differenza essenziale è l'importo del cosiddetto corrispettivo per la non concorrenza, ossia la remunerazione da pagare per il periodo di non concorrenza fissato dalle parti. In Italia, il legislatore ha rinunciato ad un importo minimo (art. 2125 cc), cosicché in pratica è sufficiente come remunerazione il 10-20 %; in Germania, è previsto un indennizzo del 50 % delle ultime prestazioni contrattuali ricevute (art. 74 II HGB). In Germania, pertanto, il patto di non concorrenza è decisamente più oneroso.

È inoltre giurisprudenza consolidata che il datore di lavoro non può riservarsi unilateralmente il diritto di esercitare l'opzione di non concorrenza al termine del rapporto di lavoro. Questa opzione, che è ancora contenuta in contratti di lavoro molto vecchi, fa sì che il diritto di opzione ricada sul lavoratore. Il dipendente può quindi decidere se sciogliere il patto o chiedere il corrispettivo.

Una soluzione interessante si rinviene in una decisione attuale del BAG (sentenza del 9 dicembre 2018, 10 AZR 130/18). Qui le parti hanno concordato con il contratto principale (contratto di lavoro) anche un contratto preliminare per la conclusione di un patto di non concorrenza post-contrattuale. È stato firmato nella stessa forma del contratto di lavoro ed è stato allegato

al contratto di lavoro. Nel contratto di lavoro, il dipendente si è impegnato, su richiesta del datore di lavoro, a concludere un contratto su un patto di non concorrenza con il contenuto indicato nell'allegato.

Il datore di lavoro ha licenziato il dipendente, che ora ritiene di avere diritto al corrispettivo. Il Tribunale federale del lavoro ha un punto di vista diverso, poiché l'accordo non è stato espressamente incluso nel contratto principale. Il lavoratore non è irragionevolmente penalizzato, poiché l'obbligo di concludere un contratto era possibile solo fino alla risoluzione del contratto di lavoro (secondo la clausola contrattuale). Poiché le parti erano libere di concordare una clausola di questo tipo all'inizio del rapporto di lavoro, non vi era motivo di non poterla concordare anche nel corso del rapporto di lavoro – e fino alla sua durata.

## Legge applicabile al distacco

Un dipendente bulgaro disoccupato da un anno e mezzo viene assunto da una società bulgara e inviato nel Regno Unito il primo giorno. Viene licenziato durante il periodo di prova. In base a quale legge è assicurato il dipendente?

Le autorità bulgare hanno rifiutato di rilasciare il cosiddetto certificato A1 (prova della sicurezza sociale bulgara) perché il lavoratore non aveva precedentemente lavorato in Bulgaria per almeno un mese. La Corte di giustizia europea ha ora dichiarato irrilevante questa circostanza (sentenza del 25.10.2018, C 451/17): il lavoratore è soggetto alla legge del paese d'origine anche se non era un lavoratore assicurato immediatamente prima dell'inizio del suo impiego, ma vi aveva il suo luogo di residenza in quel momento.

## Registrazione dell'orario di lavoro

Come stabilito dalla Corte di giustizia europea il 14.5.2019 (C - 5518), tutti i datori di lavoro europei sono tenuti a istituire un sistema di registrazione dell'orario di lavoro giornaliero di ogni dipendente. In particolare, la decisione avrà implicazioni per i datori di lavoro più piccoli che non dispongono di una registrazione automatica degli orari. In Germania si sta già discutendo se la decisione significhi la fine del cosiddetto „orario di lavoro basato sulla fiducia“.

## Amministratore delegato di una GmbH come datore di lavoro

Il diritto del lavoro tedesco si è finora basato sul principio secondo il quale l'amministratore delegato di una GmbH non è un dipendente in quanto organo dell'impresa e non può avvalersi dei diritti a tutela dei lavoratori. Al contrario, la Corte di giustizia europea aveva già deciso nel 2010 che un amministratore delegato incinta può anche prendere un congedo di maternità (11.11.2010, C-232/09). Il BGH (26.03.2019, II ZR 244/17) ha ora deciso che un amministratore delegato della GmbH deve essere considerato come dipendente ai sensi del § 2 I n. 2 AGG nell'ipotesi che segue. Nel caso deciso, la società si era riservata nel contratto concluso con l'amministratore, il diritto di risolvere il rapporto una volta raggiunta l'età pensionabile. In questo caso il BGH ha riconosciuto la sussistenza di una discriminazione basata sull'età e ha considerato la clausola inammissibile.

## IMMOBILIENSEITE

### Erwerb eines im Bau befindlichen Hauses: Mehr Käuferschutz – Notarielle Form des Vorvertrages erforderlich

Das Gesetzesdekret über Unternehmenskrise und Insolvenz hat zu eine Reihe von interessanten Neuerungen für den Immobiliensektor im Hinblick auf Vorverträge und Käuferschutz von zu errichtenden Immobilien geführt.

Bislang unterlagen die Verkäufer keiner Kontrolle eines Dritten, ob eine wirksame Bürgschaft, die der Verkäufer seit 2005 stellen muss, vorgelegt wurde. Dadurch konnten Bauherren bisher die Regeln leicht umgehen und ohne Garantien verkaufen.

Von nun an besteht die Verpflichtung, einen Vorvertrag mit einem Notar in Form eines beglaubigten privaten Vertrages oder einer öffentlichen Urkunde abzuschließen. Der Vorvertrag ist zwingend vorgeschrieben, da ansonsten der Vertrag zwischen Käufer und Verkäufer nichtig ist. Darüber hinaus muss der Notar sicherstellen, dass der Hersteller eine Garantierklärung nach einem durch das Ministerium vorgeschrieben Muster abgegeben hat. Ohne Vorlage der Garantie darf der Notar nicht beurkunden. Damit wird verhindert, dass in Zukunft der Käufer Raten zahlt, für die er keinen Gegenwert erhalten wird.

Die Einführung der Notarpflicht in der Vorvertragsphase bedeutet für den Käufer zusätzliche Kosten, aber auch mehr Schutz. Außerdem wird der Vorvertrag in das Immobilienregister eingetragen.

Der Vorvertrag muss alle Details des im Bau befindlichen Gebäudes wiedergeben, einschließlich aller Angaben der Versicherungspolice mit zehnjähriger Laufdauer, die den Käufer vor Baumängeln schützen soll. Die Urkunde hat die Beschreibung des zu errichtenden Gebäudes mit seinen Begrenzungen, den dazugehörigen Anlagen und die Angabe von schuldrechtlichen Verpflichtungen, Hypotheken oder Eintragungen, die den Käufer beeinträchtigen können, zu enthalten, sowie die vereinbarte Frist für die Ausführung der Arbeiten, den Preis und die Zahlungsweise, die Einzelheiten der Baugenehmigung, die Angabe zu den Auftragnehmern, die den Bau ausführen, und schließlich die Spezifikationen zu den Baumaterialien und Projektzeichnungen.

mern, die den Bau ausführen, und schließlich die Spezifikationen zu den Baumaterialien und Projektzeichnungen.

### Steuerliche Anreize für den Bau oder Renovierung von Immobilien durch Unternehmen

Die so genannte „Wachstumsverordnung“ (decreto crescita) sieht wichtige Innovationen im Immobilienbereich vor und führt interessante steuerliche Anreize für die Immobilienwirtschaft ein, soweit bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Förderung betrifft „die Übertragung ganzer Gebäude zu Gunsten von Bau- oder Renovierungsunternehmen, die innerhalb der nächsten zehn Jahre [nach dem Erwerb] den Abbruch und den Wiederaufbau der Immobilien vorsehen, auch bei Volumenänderung gegenüber dem bestehenden Gebäude (...) und deren Veräußerung“.

Diese geförderten Erwerbe unterliegen - bis zum 31. Dezember 2021 befristet - einer pauschale Eintragungs-, Hypotheken- und Katastergebühren von je 200 Euro.

Die ermäßigte Abgabe wird daher vorübergehend die Registersteuer von 9% des Kaufpreises und die festen Hypotheken- und Katastersteuern von je 100 Euro ersetzen.

### 2019 Pauschalbesteuerung auch für Geschäftsräume

Nicht nur die Eigentümer von Häusern, die zu Wohnzwecken vermietet werden, sondern auch die Eigentümer von vermieteten Geschäftsräumen können von nun an von einer Pauschalbesteuerung profitieren. Mit dem Haushaltsgesetz 2019 wurde die bisher für den Wohnungsmarkt vorbehaltene Förderung erweitert.

Der gewöhnliche Einkommensteuersatz wird durch eine Pauschalbesteuerung in Höhe von 21 % der Mieteinnahmen ersetzt; weitere Voraussetzungen, wie Zeitraum des Abschlusses des Mietvertrages, Größe des Mietraums und die Art der Immobilie werden durch das Gesetz geregelt.

Entscheidet sich der Vermieter für die Pauschalbesteuerung, darf er, die Miete während der gesamten Vertragslaufzeit nicht erhöhen.

### Immobilien-schenkungen

Der Kauf von Immobilien aus Schenkungshandlungen kann zu erheblichen Auswirkungen auf die vom Drittkäufer erworbenen Eigentumsrechte führen, denn nach der Eröffnung der Erbfolge des Schenkers können Pflichtteilsberechtigte geltend machen, dass sie durch die Schenkung einen finanziellen Schaden erlitten hätten. Sie können ihre Rechte dann vor Gericht auch gegen den Drittkäufer einklagen, der die Immobilie vom Beschenkten erworben hat.

Anlässlich der Verabschiedung des letzten Haushaltsgesetzes 2019 wurde zu diesem Thema eine Änderung des Codice Civile vorgeschlagen; die Ansprüche der Pflichtteilsberechtigten sollten auf die unmittelbar Beschenkten beschränkt werden, um die Sicherheit der Eigentumsübertragung zu schützen.

Leider ist dieser Vorschlag nicht in Kraft getreten, so dass man beim Immobilienkauf mit der gebotenen Vorsicht vorgehen muss.

Eine sehr wirksame und nicht zu teure Möglichkeit, sich vor den Risiken zu schützen, die mit möglichen Aktionen der Pflichtteilsberechtigten verbunden sind, ist der Abschluss einer Versicherung gegen diesen Fall, die in Italien hierfür angeboten wird.

### Deutschland: Makler wird vom Auftraggeber bezahlt

Wie der Mandantenbrief berichtete, wird seit 2017 in Deutschland der Makler, der Wohnraum vermittelt, von seinem Auftraggeber bezahlt. Zuvor war es üblich, den Mieter einseitig mit den Maklerkosten zu belasten. Die Bundesregierung beabsichtigt, dieses „Bestellerprinzip“ auch auf den Kauf von Immobilien zu übertragen, sodass in Deutschland sich möglicherweise Immobilien verteuern werden (die Verkäufer werden die Maklerkosten „einpreisen“), Maklerkosten werden aber wegfallen.

## STEUERRECHT

### Kassationshof: Unbedingte Steuerpflichtigkeit von Auslandsitalienern

In Italien führt jede Gemeinde ein Register der Bürger, die in das Ausland gezogen sind (AIRE, Anagrafe Italiani residenti all'estero). Ein italienische Staatsbürger zog nach England, arbeitete dort und zahlte dort Steuern, ließ sich aber nicht in das Auslandsregister eintragen. Der Kassationshof hält diesen ausgereisten Bürger für voll steuerpflichtig in Italien (Urteil vom 16. Mai 2018, 21970/2015). Die italienischen Richter setzen sich damit über alle Doppelbesteuerungsabkommen - hier insbesondere das DBA zwischen dem vereinigten Königreich und der Republik Italien - hinweg. Eine falsche Entscheidung.

### Zur Steuerpflicht führender Wohnsitz

Auch hierzu hat der Kassationshof eine eigene Entscheidung getroffen (20. Dezember 2018, 32992). Er vertritt die Auffassung, dass zur Bestimmung des Wohnsitzes nicht vordringlich die persönlichen Verhältnisse und Bindungen zählen, sondern vordringlich wo eine unternehmerische Tätigkeit so entfaltet wird, dass sie von Dritten als solche wahrgenommen werden kann.

In dem entschiedenen Fall war eine natürliche Person weiterhin in Italien gemeldet, seine Ehefrau und Tochter wohnten in Italien; er führte jedoch ein Unternehmen in Rumänien und hatte dort auch einen Sohn bei sich.

### Mutter Tochter Richtlinie: Keine Erstattung der Quellensteuer auf Dividenden bei fehlender Doppelbesteuerung

Der Kassationshof hat mit Urteil 32255/2018 die Erstattungsfähigkeit der Quellensteuer auf italienische Dividenden, die an eine andere Gesellschaft mit Sitz in der Europäischen Union ausgeschüttet wurden, da in dem Empfängerstaat (hier: Luxemburg) die Dividenden nicht besteuert wurden, verneint.

Diese Entscheidung ist von vielen Fachleuten kritisiert worden, dass sie sich im offensichtlichen Widerspruch mit der Mutter-Tochter-Richtlinie 90/435 befindet.

## PAGINA IMMOBILIARE

### Acquisto di casa in costruzione: più tutele per gli acquirenti e obbligo di preliminare dal notaio

Con la pubblicazione in Gazzetta Ufficiale del decreto legislativo in materia di crisi di impresa e dell'insolvenza arrivano alcune novità di interesse per il settore immobiliare, in tema di contratti preliminari e di tutela degli acquirenti di immobili da costruire.

Finora i venditori agivano senza il controllo di un soggetto terzo che verificasse l'esistenza e la correttezza della fideiussione pure richiesta al venditore dalle norme del 2005. Con il risultato che fino ad oggi, i costruttori potevano facilmente aggirare la norma e vendere senza rilasciare garanzie.

Finora in poi c'è l'obbligo di stipulare il contratto preliminare con un notaio, in forma di scrittura privata autenticata o di un atto pubblico. Il preliminare diventa quindi una necessità, perché in sua assenza il contratto fra acquirente e venditore è nullo. Inoltre il notaio dovrà accertare che il costruttore abbia stipulato una fideiussione a garanzia del compratore secondo un apposito modello ministeriale. Senza la fideiussione, il notaio non stipulerà l'atto, evitando che l'acquirente paghi rate del prezzo d'acquisto che potrebbe non rivedere mai più.

L'introduzione della figura del notaio nella fase del preliminare di vendita rappresenta un costo in più per l'acquirente, ma anche una tutela maggiore. Inoltre d'ora in poi, il preliminare verrà trascritto.

Il preliminare dovrà contenere tutti i dettagli dell'immobile in costruzione. Inclusi gli estremi della polizza decennale che dovrà tutelare il compratore da eventuali difetti di costruzione. Il documento dovrà riportare la descrizione dell'immobile da costruire, con i suoi confini, e delle pertinenze; l'indicazione di eventuali atti d'obbligo, ipoteche o trascrizioni pregiudizievoli; il termine pattuito per l'esecuzione dei lavori, il prezzo e le modalità di pagamento; gli estremi del permesso di costruire, l'indicazione dell'esistenza di imprese appaltatrici ed infine il capitolato con le caratteristiche dei materiali e gli elaborati di progetto.

### Incentivi fiscali per la valorizzazione edilizia da parte di imprese di costruzione o ristrutturazione

Il c.d. „decreto crescita“ prevede importanti novità in materia immobiliare, introducendo interessanti incentivi fiscali per la valorizzazione dell'edilizia al ricorrere di determinate condizioni.

Il beneficio riguarda „i trasferimenti di interi fabbricati a favore di imprese di costruzione o ristrutturazione immobiliare che, entro i successivi dieci anni, provvedano alla demolizione e ricostruzione degli stessi, anche con variazione volumetrica rispetto al fabbricato preesistente (...) nonché all'alienazione degli stessi“.

Tali operazioni saranno temporaneamente agevolabili fino al 31 dicembre 2021 con l'applicazione delle imposte di registro, ipotecaria e catastale nella misura fissa di 200 euro ciascuna.

Le imposte così ridotte, pertanto, sostituiranno l'imposta di registro proporzionale del 9% e le imposte ipotecarie e catastali fisse di 100 euro.

### Tassazione sugli affitti: cedolare secca 2019 per negozi e locali commerciali

Non solo i proprietari delle case in affitto, ma anche quelli di negozi e locali commerciali possono beneficiare della cedolare secca d'ora in avanti. La legge di bilancio del 2019, infatti, ha allargato a queste locazioni il regime agevolato riservato fino ad oggi alle abitazioni.

Per beneficiare della cedolare secca 2019 per negozi e locali commerciali ci sono, tuttavia, dei vincoli legati alla data in cui viene stipulato il contratto, alla metratura del locale e al tipo di immobile. Requisiti che, se onorati, danno l'opportunità di rientrare nel regime che consente la tassazione fissa del 21 per cento anziché quella ordinaria Irfef.

La cedolare secca, infatti, prevede tale vantaggio a patto che il proprietario dell'immobile si impegni a non modificare il canone d'affitto per tutta la durata del contratto.

### Donazioni di immobili

L'acquisto di immobili provenienti da atti di donazione può presentare problematiche non indifferenti che possono ledere i diritti di proprietà acquistati dal terzo acquirente; infatti, una volta aperta la successione, i legittimari che abbiano avuto un danno patrimoniale a causa della donazione, possono difendere in tribunale i propri diritti per recuperare quanto loro spettante, addirittura in danno di eventuali terzi che abbiano acquistato l'immobile donato.

In occasione dell'approvazione dell'ultima legge di Bilancio 2019, era stata proposta una modifica al codice civile proprio su questo tema; in particolare l'azione dei legittimari si sarebbe dovuta limitare a pretendere un risarcimento dal solo donatario, senza che si potesse pretendere alcunché dai terzi, ciò nell'ottica di assicurare certezza ai trasferimenti immobiliari.

Purtroppo tale proposta non è divenuta legge, sicché ci si deve confrontare con gli usuali strumenti quando ci si trova ad acquistare un immobile che fu oggetto di donazione.

Al giorno d'oggi, un modo molto efficace e non troppo costoso per cautelarsi dai rischi connessi ad eventuali azioni promosse dai legittimari, consiste nello stipulare una polizza assicurativa contro tale eventualità.

### Germania:

#### il mediatore viene pagato dal committente

Come già riportato nella nostra lettera ai clienti, dal 2015 in Germania l'agente immobiliare che media affitti abitativi viene pagato dal suo committente. In precedenza era consuetudine invece che le provvigioni di mediazione venissero sostenute unilateralmente dall'inquilino. Il governo federale ha intenzione di applicare questo „principio del committente“ anche all'acquisto di immobili, cosicché probabilmente gli immobili in Germania diventeranno più cari (visto che i venditori cercheranno di caricare le spese di mediazione sul prezzo dell'immobile), ma certamente i costi di mediazione verranno meno per la parte acquirente.

## DIRITTO TRIBUTARIO

### Per il fisco nessuna residenza all'estero in mancanza di iscrizione all'AIRE

In Italia ogni comune tiene un registro dei cittadini che si sono trasferiti all'estero (AIRE, Anagrafe Italiani residenti all'estero). Un cittadino italiano si era trasferito in Inghilterra, dove aveva lavorato e pagato regolarmente le tasse, ma si era dimenticato di iscriversi all'AIRE. La Corte di Cassazione ha ritenuto che il cittadino dovesse considerarsi residente in Italia e i suoi redditi interamente imponibili in Italia (sentenza n. 21970/2015). A parere della Cassazione l'iscrizione AIRE è un presupposto necessario comprovare l'effettiva residenza all'estero. I giudici italiani ignorano quindi tutte le convenzioni di doppia imposizione, in particolare quella sussistente tra il Regno Unito e la

Repubblica italiana, che non contengono alcun riferimento al criterio formale dell'iscrizione all'AIRE. A nostro avviso si tratta di una decisione errata.

### Criteri per la determinazione della residenza fiscale

Secondo la sentenza della Corte di Cassazione n. 32992/2018, ai fini della valutazione della residenza fiscale delle persone fisiche, non necessariamente si deve dare un peso preminente alle relazioni personali e affettive; al contrario, il centro degli interessi vitali va individuato nel luogo in cui la gestione degli interessi viene esercitata abitualmente in modo riconoscibile dai terzi, che può quindi coincidere con il luogo dove viene esercitata l'attività imprenditoriale. Il caso esaminato riguardava una persona fisi-

ca con residenza anagrafica in Italia, dove vivevano moglie e figlia; il contribuente svolgeva, tuttavia, un'attività imprenditoriale in Romania con il figlio.

### Direttiva madre-figlia: nessun rimborso della ritenuta sui dividendi intracomunitari se non sussiste doppia imposizione

La Cassazione, con la sentenza 32255/2018 ha negato il rimborso della ritenuta applicata sui dividendi italiani distribuiti a altra società con sede nell'Unione Europea, in quanto tali dividendi erano esenti da tassazione nel Paese del soggetto percipiente (nel caso specifico si trattava di una società lussemburghese). Tale decisione è stata ritenuta da molti esperti in contrasto con le disposizioni della direttiva madre-figlia 90/435/CE.

## GESELLSCHAFTSRECHT

### Italien: Haftung der Gesellschafter für Schulden endet nicht mit Löschung der Gesellschaft

Wie der Kassationshof mit Entscheidung Nr. 17243/2018 entschieden hat, bleibt die Haftung der Gesellschafter für die Gesellschaft bestehen, auch wenn diese im Handelsregister bereits gelöscht worden ist. Im entschiedenen Fall wehrte sich ein Gesellschafter einer gelöschten S.r.l. vergeblich gegen durch das Finanzamt geltend gemachte Schulden der Gesellschaft.

### Übertragung des gesamten Gesellschaftsvermögens durch den GmbH-Geschäftsführer

Im Gesellschaftsrecht schützt die italienische Rechtsordnung die Gesellschafter einer Srl, indem Beschränkungen der Vertretungsmacht von Prokuristen und gesetzlichen Vertretern im Handelsregister eingetragen werden können. Die deutsche Rechtsordnung lässt seit jeher Beschränkungen im Außenverhältnis nicht zu. Eine Ausnahme bildet bei Aktiengesellschaften der § 179a AktG; danach bedarf ein Vertrag, durch den sich eine Aktiengesellschaft zur Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens verpflichtet, eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung. Der Beschluss ist Wirksamkeitserfordernis, d.h. er ist auch im Außenverhältnis bindend. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft kann also nicht wirksam das gesamte Vermögen der Gesellschaft an Dritte übertragen, ohne dass ein Gesellschafterbeschluss vorliegt.

Bislang ging die deutsche Rechtsprechung davon aus, dass dies analog auch für die GmbH gelte. Mit Urteil vom 8. 1.2019 (II ZR 364/18) hat der BGH dieser Analogie ein Ende bereitet. Aufgrund der unterschiedlichen Strukturen von AG und GmbH (die GmbH Gesellschafter könnten ihren Geschäftsführer besser kontrollieren als die Aktionäre ihren Vorstand) sei eine entsprechende Anwendung nicht gerechtfertigt.

Die Entscheidung hat nur für den pflichtwidrig handelnden Geschäftsführer Bedeutung. Ein Zustimmungsbeschluss im Innenverhältnis ist bei einem besonders bedeutenden Geschäft wie die Übertragung des gesamten Vermögens immer erforderlich.

### Neues Insolvenzrecht in Italien und neue Organe für die srl

Italien hat sein Insolvenzrecht ausführlich reformiert und der Mandantenbrief wird darüber ausführlich berichten. Ein Nebeneffekt der Vorschriften über das „Unternehmen in der Krise“ ist, dass die für das Bestehen einer Pflicht zur Bestellung eines „sindaco“ (eines Aufsichtsorgans) oder eines Wirtschaftsprüfers vorgesehenen Schwellenwerte (Aktiva, Umsatz, Arbeitnehmerzahl) jetzt deutlich herabgesetzt wurden. Bei einem durchschnittlichen Honorar von 6000 Euro pro Organ p.a. werden Mehrkosten von 1 Milliarde Euro geschätzt (Quelle: Sole 24 Ore vom 3.05.2019, Seite 24).

## TRANSPORTRECHT

### e-CMR im Straßenstransport

Anfang 2019 wurde ein Pilotprojekt zur Einführung des digitalen CMR (internationaler Frachtbrief) in drei europäischen Ländern gestartet: Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich.

Das Pilotprojekt ist Teil eines Digitalisierungsprogramms, das darauf abzielt, die Logistikkette nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus ökologisch nachhaltiger Sicht zu erleichtern und effizienter zu gestalten. Das Ziel des elektronischen CMR ist es, alle Informationen über den Güterkraftverkehr in Echtzeit elektronisch einzufügen, zu speichern und auszutauschen. Auf diese Weise erhalten alle Beteiligten, die am Transport und an damit verbundenen Tätigkeiten beteiligt sind, die gleichen Informationen in Echtzeit. Sollte ein solches Projekt erfolgreich sein, würde es zwangsläufig zu einer Revolution auch in Bezug auf die möglichen Rechtsfolgen führen, wenn der Transport aufgrund von Beschädigung bzw. Verlust der Ware oder Lieferverzögerung nicht erfolgreich war.



Psychokinetischer Transport – *Trasporto psilocinetico*

## SCHADEN UND RECHT

### Weiterleben als Schaden

Ein schwerkranker, an Demenz erkrankter Patient wird von seinem Hausarzt durch eine Magensonde am Leben erhalten. Nach seinem Tod will der Sohn des Patienten vom Arzt Schadensersatz, und zwar Schmerzensgeld und Ersatz der Behandlungs- und Pflegeaufwendungen.

Bei nüchterner Betrachtung eines solchen Sachverhaltes ist man geneigt, dem Sohn alles Mögliche zu wünschen, aber nur nichts Gutes. Dass das Weiterleben an sich keinen Schaden darstellen kann, liegt auf der Hand, und dass anders als in den vielen Euthanasiefällen ein Demenzkranker zur Willensbildung nicht fähig ist, ist ebenfalls klar. Dass in der öffentlichen Diskussion in Deutschland lebenserhaltende und teure Intensivmedizin, die die Funktion von Organen übernimmt, mit Sondernahrung in einen Topf geworfen wird, ist bedauerlich.

Ein Patient, der nicht mehr ernährt oder mit Flüssigkeit versorgt wird, stirbt keines natürlichen Todes mehr, er verdurstet. Essen und Trinken sind lebenserhaltende Maßnahmen, die mit sogenannter Apparatedizin nichts zu tun haben. Der BGH hat jedenfalls völlig zurecht die Klage des Sohnes abgewiesen (VI ZR 13/18).

## DATENSCHUTZ

### Liken lassen und haften

Noch in diesem Jahr ist mit einem Urteil des EuGH zu rechnen, das Unternehmen, die auf ihren Webseiten und sonstigen sozialen Medien Besucher auffordern, sie zu „ liken“ einiges Kopfzerbrechen bereiten wird. Mit dem „Like“ Button setzt Facebook ein sogenanntes Cookie auf die Rechner des Seitenbesuchers und erhält damit automatisch seine Daten. Nach Auffassung des Generalanwaltes am EUGH wird damit der Betreiber der Webseite mitverantwortlich – und haftbar – für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Regelungen. Das Verfahren ist zwischen der Verbraucherzentrale NRW und der Fa. Fashion ID, die die Internetseite von Peek & Cloppenburg betreibt, anhängig. Facebook Irland ist auf Seiten von Fashion ID dem Verfahren beigetreten (EUGH C-40/17).

## LESETIPPS

### Quick Savings

„Quick Savings“ oder auch „Nomination Fee“ oder auch „Upfront –Payments“ sind Namen für Zahlungen, die OEM von ihren Zulieferern verlangen, um überhaupt bei den Zuschlagsverfahren für den Auftrag berücksichtigt zu werden. Über den strafrechtlichen Charakter solcher Zahlungen haben H.F.Ballo und Skoupil in der NJW 17/2019, S. 1174 einen interessanten Beitrag veröffentlicht

Es sei daran erinnert, dass das Zusatzprotokoll über den elektronischen Frachtbrief zum CMR-Übereinkommen am 20. Februar 2008 in Genf abgeschlossen wurde. Diese Möglichkeit wurde anfangs von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht mit besonderem Enthusiasmus angenommen; es scheint, dass sich die Situation inzwischen geändert hat, weshalb Deutschland mittlerweile auch an der Umsetzung des Zusatzprotokolls größeres Interesse zeigt. Auch Italien und Österreich müssen noch entscheiden, ob sie das Zusatzprotokoll ratifizieren oder nicht. Bisher wurde der elektronische Frachtbrief von folgenden Ländern eingeführt: Bulgarien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Frankreich, Spanien, Niederlande, Iran, Litauen, Luxemburg, Lettland, Moldau, Russland, Slowakei, Slowenien, Schweiz und Türkei. MB

### Domiciliazioni e ricerca personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de

## DIRITTO SOCIETARIO

**Italia: la responsabilità dei soci per debiti tributari non si esaurisce con la cancellazione della società**

Come deciso dalla Corte di Cassazione con sentenza n. 17243/2018 la responsabilità dei soci permane anche dopo la cancellazione dal registro delle imprese. Nel caso in questione un socio di una s.r.l. si era difeso invano contro l'azione dell'agenzia delle entrate avente ad oggetto i debiti fiscali della società.

**Trasferimento dell'intero patrimonio sociale da parte dell'amministratore di una GmbH**

Nel diritto societario, l'ordinamento giuridico italiano tutela i soci di una Srl prevedendo che le limitazioni al potere di rappresentanza dei procuratori e dei rappresentanti legali possono essere iscritte nel registro delle imprese. L'ordinamento giuridico tedesco non ammette l'opponibilità nei confronti di terzi delle limitazioni ai poteri di rappresentanza. Fa eccezione l'articolo 179a della legge tedesca sulle società per azioni (AktG), in base al quale un contratto con il quale una società per azioni trasferisce tutti i suoi attivi richiede una delibera dell'assemblea degli azionisti. La delibera è un requisito di validità, pertanto vincolante anche nei confronti dei terzi. Conseguentemente il consiglio di amministrazione di una società per azioni non può trasferire effettivamente l'intero patrimonio della società a terzi senza una delibera degli azionisti.



Hier gehen Geschäftsanteile über den Tisch  
Si giocano le ultime quote

Finora la giurisprudenza tedesca ha ritenuto che tale disposizione sia applicabile anche per la GmbH. Con sentenza dd. 8 gennaio 2019 la Corte Federale tedesca ha posto fine a questa analogia (BGH, II ZR 364/18). A causa delle diverse strutture della AG e della GmbH (i soci della GmbH possono controllare più intensamente il loro amministratore rispetto a quanto gli azionisti possano controllare il loro consiglio di amministrazione), l'applicazione analogica di tale disposizione non è giustificata.

La decisione è rilevante solo per l'amministratore che agisce in violazione delle sue funzioni. Una deli-

bera di approvazione da parte dei soci è infatti sempre necessaria per un'operazione particolarmente importante come il trasferimento dell'intero patrimonio.

**Nuovo codice sulla crisi d'impresa e nuovi organi per Srl**

In Italia il diritto fallimentare è stato oggetto di una ampia riforma e la lettera ai clienti riferirà dettagliatamente in merito. Un effetto collaterale delle regole sulla „crisi d'impresa“ è che le soglie previste per la nomina obbligatoria di un sindaco o un revisore (attivo, fatturato e numero dipendenti) sono state notevolmente ridotte. Con una tariffa media di 6.000 Euro per organo di controllo all'anno, i costi aggiuntivi per le aziende sono stati stimati a ca. 1 miliardo di Euro (fonte: Sole 24 Ore del 3.05.2019, pag. 24).

## DANNO E DIRITTO

**Continuare a vivere quale danno**

Un paziente gravemente affetto da demenza è tenuto in vita dal suo medico di famiglia attraverso un sondino nasogastrico. Dopo la sua morte, il figlio del paziente vuole che il medico paghi i danni, cioè il risarcimento per il danno alla persona e per le spese di trattamento e di cura.

Quando si considera obiettivamente una situazione del genere, si è portati a augurare al figlio ogni sorta di cose, ma nulla di buono. È chiaro che la sopravvivenza di per sé non può essere considerata come dannosa e altrettanto chiaro è che un paziente affetto da demenza non sia in grado di formulare una volontà come avviene in molti casi di eutanasia. È increscioso che nella discussione pubblica in Germania la medicina intensiva che si fa carico della funzione degli organi, che mantiene in vita ed è costosa, sia associata all'alimentazione speciale con sondino. Un paziente che non viene più nutrito o alimentato con fluidi non muore di morte naturale, ma di sete. Mangiare e bere sono funzioni che tengono in vita e che non hanno nulla a che fare con la cosiddetta „Apparatemedizin“. Il BGH ha comunque giustamente respinto la pretesa del figlio (VI ZR 13/18).

## SUGGERIMENTI PER LA LETTURA

**Quick Savings**

„Quick Savings“ o anche „Nomination Fee“ o „Upfront -Payments“ sono nomi per pagamenti che gli OEM richiedono ai loro fornitori per essere presi in considerazione nelle procedure di aggiudicazione dell'incarico. H.F.F.Ballo e Skoupil hanno pubblicato un interessante articolo sulla natura penale di tali pagamenti nella NJW 17/2019, p. 1174.

## DIRITTO DEI TRASPORTI

**e-Cmr per autotrasporto**

All'inizio del 2019 si è dato corso ad un progetto pilota relativo all'introduzione della Cmr digitale (lettera di vettura internazionale per trasporto su strada) in tre Paesi europei: Francia, Paesi Bassi e Regno Unito.

Il progetto pilota fa parte di un programma di digitalizzazione degli scambi commerciali, volto a facilitare e rendere più efficiente la filiera logistica non solo da un punto di vista economico ma anche eco-sostenibile. Scopo della Cmr elettronica è quello di inserire, memorizzare e scambiare elettronicamente in tempo reale tutte le informazioni legate al trasporto di merci su strada. In questo modo tutte le parti coinvolte e gli operatori addetti al trasporto e attività connesse potranno ricevere in tempo reale le medesime informazioni. Se tale progetto andasse in porto, determinerebbe necessariamente una rivoluzione anche per quanto riguarda le eventuali ripercussioni legali nel caso in cui il trasporto non andasse a buon fine in seguito a danneggiamento della merce, perdita della merce o ritardo nella consegna.

Si ricorda sul punto che il Protocollo addizionale della Convenzione concernente il contratto di trasporto internazionale di merci su strada (CMR), relativo alla lettera di vettura elettronica è stato concluso a Ginevra il 20 febbraio 2008. All'inizio tale possibilità non è stata accolta con particolare gradimento da parte dei singoli Stati Membri; pare che ora la situazione sia cambiata, motivo per cui anche la Germania si sta interessando a dare attuazione al protocollo aggiuntivo. Anche l'Italia e l'Austria devono ancora decidere se ratificare o meno il protocollo aggiuntivo.

Ad oggi il protocollo è stato ratificato dai seguenti paesi: Bulgaria, Repubblica ceca, Danimarca, Estonia, Francia, Spagna, Paesi Bassi, Iran, Lituania, Lussemburgo, Lettonia, Moldavia, Russia, Slovacchia, Slovenia, Svizzera e Turchia. MB

## PRIVACY

**„like“ e responsabilità civile**

Entro la fine di quest'anno è prevista una sentenza della Corte di giustizia europea, che causerà qualche mal di testa alle aziende che chiedono ai visitatori dei loro siti web e di altri social media di premere il pulsante like. Con il pulsante „like“, Facebook inserisce un cosiddetto cookie sul computer del visitatore e riceve automaticamente i suoi dati. Secondo l'avvocatura generale presso la Corte di giustizia europea, il gestore del sito web è quindi corresponsabile - e obbligato - per il rispetto della normativa in materia di protezione dei dati. Il procedimento è pendente tra la Centrale Consumatori NRW e Fashion ID, che gestisce il sito web di Peek & Cloppenburg. Facebook Irlanda ha aderito alla procedura accanto a Fashion ID (CGE C-40/17).

## GEISTIGES EIGENTUM

### Maßnahmen zur Bekämpfung des Italian Sounding eingeleitet

Mit der gleichen Wachstumsverordnung 2019 werden auch Maßnahmen zur Bekämpfung des (immer weiter verbreiteten) Phänomens des Italian Sounding eingeführt, d.h. Maßnahmen zur Bekämpfung von verbrauchertäuschenden Hinweisen über die angebliche italienische Herkunft des Produkts. Diese Praxis wurde nun in die „Piraterieakte“ gem. Artikel 144 des Gesetzes über den gewerblichen Rechtsschutz aufgenommen. Der Nationale Rat zur Bekämpfung von Fälschungen hat auch seinen Namen in „Consiglio nazionale per la lotta alla contraffazione e all'Italian Sounding“ (Nationaler Rat zur Bekämpfung von Fälschungen und dem Italian Sounding) geändert und wird auch Funktionen zur Bekämpfung falscher Hinweise zum italienischen Ursprung des Produkts übernehmen. AB

### „Historische Marke von nationalem Interesse“ eingeführt

Um den Schutz des Made in Italy zu stärken, wurde mit dem Decreto-Crescita 2019 (Gesetzesdekret Nr. 34/2019) eine „historischen Marke von nationalem Interesse“ eingeführt.

Die Inhaber und (ausschließlichen) Lizenznehmer von Marken, die seit mindestens fünfzig Jahre eingetragen sind und von nicht eingetragenen Marken, die eine kontinuierliche Nutzung von mindestens fünfzig Jahre nachweisen können, und die mit ihren Marken Produkte italienischer Unternehmen mit einer historisch an das Staatsgebiet gebundenen Produktion kennzeichnen, können die Eintragung in das spezielle Register historischer Marken von nationalem Interesse beantragen, das bei der UIBM (italienisches Markenregister) geführt wird. Sie können damit ein beson-

deres amtliches Logo für kommerzielle und werbliche Zwecke nutzen. Dieses Nutzungsrecht begründet jedoch auch Verpflichtungen für die Inhaber dieser historischen Marken, die ihre Tätigkeiten nicht aufgeben oder außerhalb des Staatsgebiets verlagern können, ohne dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung zuvor die Gründe für das Projekt der Schließung oder Verlagerung sowie die von dem Unternehmen geplanten Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen einer Massenentlassung auf die Beschäftigung mitgeteilt zu haben.

Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Verkauf historischer italienischer Marken an ausländische Unternehmen zu verhindern, die dann ihren italienischen Charakter durch Verlagerung der Produktion ins Ausland verlieren.

### „Big Mac“ ist keine eingetragene Marke mehr.

Am 11. Januar 2019 widerrief die Nichtigkeitsabteilung des Europäischen Amtes für geistiges Eigentum (EUIPO) die 1998 von der bekanntem Fast-Food-Franchise Unternehmen McDonald's eingetragene europäische Marke „Big Mac“.

Fakten: McDonald's verklagt eine irische Fast-Food-Kette, die eine angebliche Ähnlichkeit zwischen der Marke „Big Mac“ und dem von der Beklagten verwendeten Namen „Supermac's“ geltend macht. Der Geschäftsführer der irischen Kette reagierte mit einer Klage auf Löschung wegen Nichtbenutzung für einen ununterbrochenen Zeitraum von fünf Jahren. McDonald's Beweise für die Nutzung der Marke wurden nicht als ausreichend angesehen, sodass EUIPO nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe a) der EU-Markenverordnung die Löschung der Marke verfügt hat.

MC Donalds hat bereits angekündigt, gegen diese Entscheidung Berufung einzulegen. AB

### Messi ist eine Marke

Am 26.04.2018 hob das Gericht der Europäischen Union die Entscheidung der EUIPO in der Rechtssache T-554/14 auf und entschied, dass Lionel Andrés Messi Cuccitini seine gleichnamige Marke registrieren kann.

Nach Ansicht des Gerichts neutralisiert der Ruf des Fußballspielers die visuellen und klanglichen Ähnlichkeiten zwischen seiner Marke „MESSI“ und der Marke „MASSI“, die zuvor von einem spanischen Verein eingetragen worden war. Der Fußballer ist eine bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die im Fernsehen auftritt und regelmäßig im Fernsehen oder Radio erwähnt wird. Nach Ansicht des Gerichts sind die fraglichen Zeichen zwar weitgehend ähnlich, aber die konzeptionellen Unterschiede zwischen ihnen neutralisieren die visuellen und klanglichen Ähnlichkeiten.

### Deutschland: Neues Markenrecht

Am 14.01.2019 ist in Deutschland das Markenrechtsmodernisierungsgesetz (MaMoG) in Kraft getreten, dass die Markenrechtsrichtlinie umsetzt.

In Zukunft werden beispielsweise Klangmarken eingetragen werden können, ohne dass diese grafisch darstellbar sein müssen. Die Eintragungsurkunden werden einen als QR-Code ausgestalteten Link zum elektronischen Markenregister enthalten.

Als neue Kategorie wird die Gewährleistungsmarke eingeführt. Der Markeninhaber muss in einer Satzung die gewährleistenden Produkteigenschaften, die Nutzungsbedingungen sowie die Prüf- und Überwachungsmaßnahmen wiedergeben. Der Markeninhaber darf selbst nicht Waren oder Dienstleistungen anbieten, für deren Qualität die Marke bürgen soll. Damit soll die Unabhängigkeit und Neutralität der Marke gewährleistet werden.

## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN II

### Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für Fehler ausländischer Rechtsanwälte

Eine interessante Entscheidung für alle grenzüberschreitend tätigen Kollegen hat der BGH bereits am 6.7.2017 (IX R 3816) zum besonderen Gerichtsstand für Verbrauchersachen nach Art. 15 Abs. 1 lit c Alt. 2 Luganer Abkommen und damit zu der bis zum Jahr 2015 geltenden EUGVO getroffen. Die Grundsätze lassen sich aber auch ohne weiteres auf Art. 18 der geltenden EuGVVO übertragen.

Viele deutsche Anleger fühlten sich von einer schweizerischen Vermögensverwaltungsgesellschaft geschädigt und beauftragten deutsche Rechtsanwälte mit der Geltendmachung ihrer Schadensersatzansprüche. Da schweizerisches Konkursrecht Anwendung fand, haben die Kollegen Schweizer Rechtsanwälte beauftragt. Diese waren dann leider überfordert und haben die Ansprüche nicht wirksam geltend gemacht. Die deutschen Mandanten klagen gegen die Schweizer Anwälte auf Schadensersatz.

Die Vorinstanzen, das LG Anspach und das OLG Nürnberg, hatten eine internationale Zuständigkeit der deutschen Gerichte verneint, da eine verbraucherrelevante Ausrichtung der Tätigkeit der schweizerischen

Rechtsanwälte auf Deutschland fehlen würde. Die Mandanten hatten sich ja in der Tat nicht direkt an sie gewandt, sondern über deutsche Korrespondenzanwälte, die dann die entsprechenden Vollmachtsformulare und Mandatsbedingungen von der Schweizer Kanzlei an die deutschen Mandanten einfach weiterleiteten. Der BGH ist anderer Auffassung: Wenn es sich bei den Mandanten um Verbraucher gehandelt haben sollte, dann sind die deutschen Gerichte - heute nach Art. 18 EuGVVO - zuständig.

Für die Entscheidung des Falles hatte die Homepage des schweizerischen Kollegen eine Rolle gespielt, die neben der deutschen Fassung auch eine englische enthielt und die Domain-Endung „.com“ aufwies. Daraus konnte eine internationale Ausrichtung der Kanzlei und damit auch ein Angebot auch auf nicht-schweizerische Mandanten entnommen werden.

In einem vergleichbaren Fall haben wir diese Argumentation ex adverso nutzen und damit einem italienischen Mandanten – einem Hotelier - helfen können, der von einer deutschen Privatperson vor dem Amtsgericht Dachau (2 C 625/17) verklagt wurde. Der deutsche Kläger, dessen PKW über Nacht gestoh-

len wurde, machte Schadensersatz wegen Verletzung der Überwachungspflichten gelten. Das Amtsgericht sah aber in diesem Fall, in Anwendung der oben dargelegten Grundsätze, keine internationale Ausrichtung der Hotelstätigkeit, die sich auch an den deutschen Verbraucher gerichtet hätte, und wies die Klage ab. Es handelte sich um ein kleines Garni ohne eigene Web-Seite, der deutsche Gast hatte nicht reserviert und sich spontan an Ort und Stelle zur Übernachtung entschlossen: Der Beherbergungsvertrag wurde in Italien geschlossen. MB

### Zustellungen via PEC bis 24 Uhr zulässig

In Italien verfügt jeder Freiberufler und jedes Unternehmen über eine zertifizierte Mailadresse (PEC), die der rechtswirksamen Zustellung dient. Das italienische Verfassungsgericht hat jetzt entschieden, dass via PEC Zustellungen bis Mitternacht erfolgen können. Es hat damit die Verfassungswidrigkeit des Art. 16-septies des Gesetzesdekretes 179/2012 festgestellt, der – um den Empfänger auch etwas Ruhe zu gönnen – Sendungen nach 21:00 Uhr als für den Folgetag zugestellt bestimmte. Die Kollegen haben jetzt also 3 Stunden weniger Nachtruhe.

# PROPRIETÀ INTELLETTUALE

## Nasce il „marchio storico di interesse nazionale”

Al fine di sostenere la tutela del Made in Italy, il Decreto-Crescita 2019 (Decreto legislativo n. 34/2019) ha introdotto la figura del „marchio storico di interesse nazionale”.

I titolari e i licenziatari esclusivi di marchi d'impresa registrati da almeno cinquant'anni, oppure quelli non registrati per i quali sia possibile dimostrare un uso continuativo da almeno cinquant'anni, che contraddistinguono prodotti di imprese italiane con produzione storicamente collegata al territorio nazionale, potranno richiedere ed ottenere l'iscrizione nello speciale registro dei marchi storici di interesse nazionale che verrà istituito presso l'UIBM. Tali marchi potranno approfittare di un apposito logo ufficiale da usare per fini commerciali e promozionali. Da questo „vantaggio” derivano però anche obblighi a carico dei titolari di questi marchi storici che non potranno chiudere o delocalizzare la loro attività al di fuori del territorio nazionale senza aver previamente comunicato al Ministero dello sviluppo economico i motivi del progetto di chiusura o di delocalizzazione, nonché le manovre che l'impresa intende adottare per ridurre l'impatto occupazionale di un licenziamento collettivo.

Scopo di tali misure è disincentivare la vendita di marchi storici italiani a soggetti esteri che ne annullino poi l'italianità spostando la produzione all'estero.

## Introdotte misure per contrastare il fenomeno Italian Sounding

Lo stesso Decreto Crescita 2019 introduce anche misure di contrasto del fenomeno (sempre più diffuso)

dell'Italian Sounding, cioè misure idonee a contrastare la falsa evocazione dell'origine italiana del prodotto. Tale pratica è ora stata inclusa negli „Atti di pirateria” previsti dall'art. 144 Codice della Proprietà industriale. Anche il Consiglio Nazionale Anticontraffazione ha cambiato la sua denominazione in „Consiglio nazionale per la lotta alla contraffazione e all'Italian Sounding” e svolgerà anche funzioni di lotta contro false evocazioni dell'origine italiana del prodotto. AB

## Germania: Nuovo diritto dei marchi

Il 14.1.2019 è entrata in vigore in Germania la legge sulla modernizzazione del diritto dei marchi (MaMoG), che attua la direttiva europea sul diritto dei marchi.

In futuro, ad esempio, sarà possibile registrare marchi sonori senza doverli rappresentare graficamente. I certificati di registrazione conterranno un link al registro elettronico dei marchi sotto forma di codice QR.

Il marchio di garanzia sarà introdotto come nuova categoria. Il titolare del marchio deve dichiarare in uno statuto le caratteristiche garantite del prodotto, le condizioni d'uso, nonché le misure di prova e di controllo. Il titolare del marchio non potrà offrire egli stesso beni o servizi, la cui qualità il marchio è destinato a garantire. Così verrà garantita l'indipendenza e la neutralità del marchio.

## „Big Mac” non è più un marchio registrato

L'11 gennaio 2019 la Divisione di Cancellazione dell'Ufficio Europeo per la Proprietà intellettuale (EUIPO) ha revocato il marchio europeo „Big Mac”

registrato dal noto franchising di fast food McDonald's nel 1998.

I fatti: McDonald's citò in giudizio una catena di fast food irlandese lamentando una supposta somiglianza tra il marchio „Big Mac” e il nome „Supermac's” utilizzato dalla convenuta. L'amministratore delegato della catena irlandese replicò proponendo azione di decadenza per non uso per un periodo ininterrotto di cinque anni. Le prove addotte da McDonald's dell'uso del marchio non sono state considerate sufficienti per l'EUIPO che ha dichiarato la decadenza del marchio per non uso nell'arco continuativo di 5 anni (ex art. 58 (1) (a) del regolamento sul marchio dell'Unione europea).

La società americana ha già annunciato che farà appello contro tale decisione.

AB

## Messi e un marchio

Il 26.04.2018 il Tribunale dell'Unione europea ha annullato la decisione dell'EUIPO nella causa T-554/14 e ha deciso che Lionel Andrés Messi Cuccittini può registrare il suo omonimo marchio.

Secondo la Corte, la notorietà del calciatore neutralizza le somiglianze visive e fonetiche tra il suo marchio «MESSI» e il marchio «MASSI» registrato precedentemente da una società spagnola. Il calciatore, infatti, è un personaggio pubblico noto, che appare in televisione e di cui si parla regolarmente alla televisione o alla radio. Secondo il Tribunale UE per quanto i segni in conflitto siano complessivamente simili, le differenze concettuali che li separano sono tali da neutralizzare le somiglianze visive e fonetiche rilevate.

## INFORMAZIONI PER COLLEGHI II

### Competenza internazionale dei tribunali tedeschi per errori commessi da avvocati stranieri

Con sentenza del 6.7.2017 il BGH (IX R 3816) ha emesso una decisione interessante per tutti i colleghi transfrontalieri in merito al foro speciale dei consumatori ai sensi dell'art. 15 cpv. 1, lett. c Alt. 2 della Convenzione di Lugano, ovvero del regolamento UE in vigore fino al 2015. I concetti ivi presenti possono essere comunque applicati anche all'art. 18 dell'attuale regolamento UE n. 1215/12.

Molti investitori tedeschi si sono sentiti danneggiati da una società di gestione patrimoniale svizzera e hanno incaricato avvocati tedeschi di far valere le loro richieste di risarcimento danni. Dato che in materia trova applicazione il diritto fallimentare svizzero, i colleghi hanno incaricato avvocati svizzeri. Questi ultimi non sono stati in grado di gestire bene la questione, omettendo di fare valer in modo corretto le pretese. Di conseguenza, i clienti tedeschi hanno poi richiesto i danni agli avvocati svizzeri.

Nelle precedenti istanze di merito, ovvero il Tribunale di Anspach e la corte di Appello di Nürnberg, avevano negato la competenza internazionale dei tribunali tedeschi, ritenendo che mancasse una proiezio-

ne dell'attività degli avvocati svizzeri verso la Germania che esplicasse rilevanza per i consumatori. Effettivamente, i clienti non si erano rivolti direttamente a loro, ma tramite avvocati locali, i quali si erano limitati a trasmettere ai clienti tedeschi le procure e le condizioni di mandato dello studio legale svizzero. Il BGH ha tuttavia deciso in modo diverso, ritenendo che nel caso in cui i clienti siano consumatori, sono competenti i tribunali tedeschi ai sensi dell'art. 18 Regolamento EU n. 1215/12.

Ai fini della decisione del caso in favore del consumatore tedesco, ha avuto un ruolo importante anche la homepage del collega svizzero, strutturata sia in lingua tedesca che inglese con un dominio „.com”. Da tali elementi la Corte ha dedotto la presenza di una proiezione internazionale delle attività svolte dallo studio svizzero.

In un caso simile, che ha visto coinvolto un cliente del nostro studio, citato in giudizio dinanzi alla pretura di Dachau (2 C 625/17), abbiamo potuto utilizzare analoghi argomenti ex adverso, per contestare invece l'assenza di competenza del giudice tedesco. In quel contesto, l'attore tedesco, persona privata, aveva cercato di ottenere un risarcimento di danni per omes-

sa custodia del suo veicolo presso un hotel sito in Italia. La Pretura ha tuttavia condiviso la nostra tesi, riconoscendo che ove non vi sia stata alcuna attività commerciale diretta verso altro Stato Membro (in questo caso la Germania, domicilio dell'attore), come richiesta dall'art. 17, comma 1 lett. c) del Regolamento UE n. 1215/12, non possa determinarsi un foro in Germania in favore del consumatore. Ed invero, nel caso di specie si trattava di un Garmi privo di sito internet, ove il cittadino tedesco, alla ricerca di un pernottamento, si era fermato spontaneamente, concludendo il relativo contratto di albergo direttamente sul posto. MB

### Notifiche tramite PEC consentite fino a mezzanotte

In Italia ogni professionista e ogni azienda hanno una PEC, che viene utilizzata per eseguire le notifiche ex lege. La Corte costituzionale ha deciso che è tempestiva una PEC notificata entro la mezzanotte del giorno di scadenza del termine. Conseguentemente è stata stabilita l'incostituzionalità dell'art. 16-septies del 179/2012 che, per dare tranquillità al destinatario, prevedeva che le notifiche via PEC avvenute tra le 21.00 e le 24.00 si consideravano perfezionate il giorno successivo. I colleghi hanno ora tre ore di sonno in meno.

## PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/Italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienerwerb von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11. C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Landesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p. 162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S. 77 28. Ramon: Bemessung des nahehelichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchwerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufspraxisrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerpflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank/Wachter (Hrsg.), 2., neu bearbeitete Auflage, C. F. Müller, 2015 40. Castelli, Italien: Ausstellung der ENZ durch den Notar, ZEV 575, 2015 41. Castelli, Italien: Bestreiten der Echtheit eines handschriftlichen Testaments, ZEV 575, 2015 42. Castelli, Italien: Erbrecht bei eingetragenen Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen, ZEV 496, 2016 43. Dolce/De Luca, Arbeitsrecht in Italien, Springer Verlag, 2016 44. Castelli, Italien: Dekrete zur Umsetzung der Partnerschaftsgesetzes in Kraft, ZEV 199, 2017 45. Castelli, Italien: Kassationshof zur Darlegung und Beweis der Aktivlegitimation von Erben, ZEV 200, 2017 46. Castelli, Italien: Globalbesteuerungsausnahme bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer für vermögende (Steuer-) Ausländer, ZEV 568, 2017 47. Castelli, Italien: Neues Gesetz zu Patientenverfügungen, in ZEV 2018, S. 326, Dolce/de Luca Aktuelle Fragen des italienischen Arbeitsrechts, in Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 30, C. F. Müller-Verlag, 2018

## DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI  
Partnerschaftsgesellschaft mbB

[www.dolcelauda.com](http://www.dolcelauda.com)

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main  
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano  
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13  
email: [dl.mi@dolce.it](mailto:dl.mi@dolce.it)

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena  
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41  
email: [dl.mo@dolce.it](mailto:dl.mo@dolce.it)

Fritz-Elsas-Strasse 38 · D-70174 Stuttgart  
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193  
email: [stuttgart@dolce.de](mailto:stuttgart@dolce.de)

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München  
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

